

# 1. Teil

# Deutschland

## I. Die Finanzkrise und die Euro-Währungsunion

von

Dr. Klaus Peter Krause, Lübeck

Stand: 23. September 2011

### 1. Verschuldung, Rettungsschirme, Folgen

Fehlentwicklungen in der Europäischen Union gibt es viele. Die bisher gefährlichste und folgenschwerste ist die Euro-Währungsunion<sup>1</sup> mit ihren inzwischen sehr sichtbaren Folgen samt den „Euro-Rettungsschirmen“ EFSF und EMS. Die schlimmsten Befürchtungen sind eingetreten. Schlimmer noch, die Ereignisse mit und seit der staatlichen Finanzkrise Griechenlands gehen darüber weit hinaus. Versprechen wurden gebrochen und gesetzliche Festlegungen ebenfalls. Die EZB kauft statutenwidrig Staatsanleihen zahlungsunfähiger Staaten auf. Mit dem beschlossenen Dauer-„Rettungsschirm“ und Hunderten von Milliarden Euro kommen für die Schulden insolvenzbedrohter EU-Staaten – anders als einst beschworen – die übrigen Mitgliedsstaaten auf. Vor allem Deutschland muß dabei bluten. Dabei stellt Artikel 125 des Vertrages über die Arbeitsweise der EU unmißverständlich fest, daß EU-Mitgliedsstaaten nicht für die Schulden anderer Mitgliedsländer haften dürfen.

#### Zwei Rücktritte als zusätzliches Alarmzeichen

Erst wurden Banken gerettet, dann waren Staaten zu retten, dann glaubten die politisch Verantwortlichen, den Euro und die Währungsunion retten zu müssen – nicht zuletzt allerdings auch sich selbst. Der Rücktritt von EZB-Chefvolkswirt Jürgen Stark aus dem EZB-Direktorium und EZB-Rat war und ist ein zusätzliches Alarmzeichen. Daß Axel Weber Ende April schon vor ihm sein Amt als Bundesbank-Präsident und in dieser Eigenschaft auch als Mitglied im EZB-Rat niedergelegt hat, ist ebenfalls eines gewesen. Die Euro-Staaten mißachteten Vertragsregeln und brechen gesetztes Recht.

## **Es begann in Amerika**

Was als Platzen einer Immobilienblase in den Vereinigten Staaten 2007/2008 begann, hat zur schwersten umfassenden Wirtschaftskrise seit Ende der 1920er Jahre geführt. Die Geldwirtschaft hatte sich von der Güterwirtschaft gelöst und auf unverantwortliche Weise und zu wenig kontrolliert ein Eigenleben geführt. Daß die Krise noch weit schlimmer ausfällt, ist ziemlich gewiß. Mit einem Feuerwehr-Großeinsatz versuchten und versuchen die Staaten, den globalen Flächenbrand zu bekämpfen. Doch nicht die Ursachen der Krise bekämpfen sie, wie noch zu zeigen sein wird, sondern nur deren Symptome. Das ist in der Politik meistens so und kann nur schiefgehen.

## **Staats- und Notenbank-Hilfe mit gewaltigen Geldmengen**

Wo es galt, noch vorhandenes Vertrauen zu sichern oder verlorenes wiederzugewinnen gilt, sprangen die Staaten mit gewaltigen Bürgschaftsversprechen ein. Wo in der Finanz- und Geschäftswelt Zahlungsunfähigkeit drohte, pumpten sie zur Brandlöschung gewaltige Geldmengen in Form von Krediten hinein. Wo in der Güterwirtschaft der Absatz wegbrach, legten sie riesige Konjunkturprogramme auf. Die dafür nötigen Mittel sind gigantisch und in Wirklichkeit nicht vorhanden, denn kein Staat hat Gespartes auf der hohen Kante liegen. Im Gegenteil, sie sind alle hoch verschuldet, viel zu hoch. Also nahmen sie mittels Staatsanleihen noch mehr Schulden auf. Das Geld stellten die Zentral- und Notenbanken dem Staat und der Wirtschaft per Kredit zur Verfügung - inzwischen zu einem Zinssatz von nahe an Null, also fast gratis. Zusätzlich wurden die Notenpressen bedient. So geschieht es auch weiterhin.

## **Trichet: Die schwerste Krise seit 1945**

„Es ist die schwerste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg.“ Mit dieser Kennzeichnung der Lage an den Finanzmärkten hat Jean-Claude Trichet als Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) am 9. August 2011 begründet, warum die EZB ihre Käufe italienischer und spanischer Staatsanleihen fortgesetzt hat. Die Krise hatte einen neuen Schub erhalten, offenkundig gemacht auch durch den neuen Kursrutsch an den Aktienmärkten. Im September 2011 sind die Aktienkurse (vor allem die der Banken) noch tiefer gefallen, und die EZB hat noch mehr Staatsanleihen aufgekauft, um strauchelnde Euro-Staaten mit frischem (Buch-)Geld zu versorgen und vor der Zahlungsunfähigkeit zu bewahren.

## **Bluten werden die Bürger, nicht die Verursacher**

Hiobsbotschaften zu nennen, die die EU-Bürger von der staatlichen Schuldenorgie, vom EU-Staaten-Retten, von der Euro-Krise, von der EU-

Krise immer wieder aufs Neue ereilen, sind geradezu Schönfärberei. Was hier geschieht, ist weit schlimmer als das, was nach dem Alten Testament nur der einen Person Hiob an aufeinander folgenden Schicksalsschlägen ereilte: Die Krisenfolgen jetzt betreffen Millionen von Menschen, denn letztlich müssen nicht die Verursacher, sondern die Bürger für das Geradestehen und bluten, was die führenden Politiker angerichtet haben – als Steuerzahler mit ihrem Geld und Vermögen, als Arbeiter, Angestellte und Selbständige mit ihren gefährdeten Arbeitsplätzen, als Rentner und Pensionäre mit ihrer Altersversorgung. Und anders als das, was Hiob als Folge einer Wette zwischen Satan und Gott widerfuhr, wird es für sie nicht wohlgefällig damit enden, daß sie das Verlorene dann doch wiederbekommen – wie einst Hiob von Gott, weil er die auferlegte Prüfung bestanden hatte. Ihnen nämlich wird der feste Glaube an den Euro sowie daran, die politische Führung werde klug das wirklich Nötige und Richtige tun, nichts nützen, wie es nach der alttestamentarischen Erzählung Hiob genützt hat, weil er trotz der vom Satan ihm bescherten Unglücke festen Glaubens an Gott geblieben ist.

### **„An den Euro glauben“**

Der Glaube an die Klugheit der Politiker, zum Wohl des Volkes tätig zu sein, ist ohnehin schon draufgegangen. Aber mit Zuversicht sollten die Deutschen an den Euro glauben, hat Kanzlerin Merkel im Dezember 2010 so schön gesagt. Deutschland sei gut durch die Wirtschaftskrise gekommen, weil die Menschen keine Angst gehabt und große Gelassenheit gezeigt hätten. „Diese Entschlossenheit und Zuversicht brauchen wir jetzt weiter. An Europa und den Euro zu glauben, sich nicht beirren zu lassen, ist schon die Hälfte der Lösung.“<sup>42</sup> Keine Angst sollen die Menschen gehabt haben? Nein, gelassen geblieben sind sie entweder aus Angst vor den möglichen Folgen ihrer Angst oder weil ihnen noch gar nicht richtig klar geworden ist, welche Folgen das politisch angerichtete Unheil auch für sie persönlich noch haben wird.

### **Die Euro-Währungsunion ist inzwischen die Krise selbst**

Glaube versetzt Berge? Ein schöner Spruch, aber doch nicht der Glaube an die Klugheit der Politiker. Bei ihnen ist statt dessen höchstes Mißtrauen angebracht. In Ihrer Regierungserklärung am 15. Dezember 2010 vor dem Bundestag hat Kanzlerin Merkel gesagt, man habe es nicht mit einer Krise des Euro, sondern mit der einiger Euro-Staaten zu tun. Der Euro insgesamt habe sich als krisenfest erwiesen. Tatsächlich hat er sich nicht als krisenfest erwiesen, denn die Euro-Währungsunion ist inzwischen die Krise selbst, denn ohne sie könnten die gefährdeten Euro-Staaten abwerten. Der Euro treibt sie jetzt tiefer hinein.

## **Das Märchen von der Erfolgsgeschichte des Euro**

Und haben Kanzlerin Merkel und andere ihresgleichen nicht auch immer wieder behauptet, der Euro sei eine tolle Erfolgsgeschichte? Doch wenn er das wirklich wäre, warum ist er dann in der Krise? Warum muß er dann gerettet werden? Warum droht die Währungsunion nun entgegen den einstigen Beschwörungen und Verträgen und damit rechtswidrig in eine Transferunion zu versinken, in der Deutschland für die Schulden aller Euro-Staaten am heftigsten mit aufkommen muß? Hier waren Märchen-erzähler am Werk. Hier finden ungenierte kollektive Rechtsbrüche statt, wie die FDP-interne Gruppierung „Liberaler Aufbruch“ um den Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler dem Bundesfinanzminister Schäuble ebenfalls im Dezember 2010 vorgeworfen hat. Der Bundestag ist dabei, sein Budget-Recht nach Brüssel abzugeben und damit den wichtigsten Teil der deutschen Souveränität.

## **Befürchtet: Zwangsanleihen, Vermögensabgaben, Zwangshypotheken**

Über staatliche Anleihen sind die EU-Staaten hoch verschuldet, auch Deutschland. Wahrscheinlich werden die mit Rettungshilfen überlasteten Euro-Länder wie Deutschland ihre Bürger noch mit staatlichen Zwangs-anleihen traktieren, als verkappte Vermögensabgabe, denn auf eine Rückzahlung solcher Anleihen wird man kaum bauen können, sondern sogar dankbar sein müssen, wenn sie wenigstens verzinst würden – mit wie wenig auch immer. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin hat sich für eine deutsche Vermögensabgabe schon stark gemacht – eine vielleicht gesteuerte Vorgabe, um die Reaktionen zu testen und schon einen gedanklichen Gewöhnungseffekt in Gang zu setzen. Auch die Angst vor Zwangshypotheken auf Immobilien geht schon um. Denn Deutschland soll für immer größere Zahlungspflichten geradestehen, und seine politische Führung gibt sich (und das deutsche Volk) dazu her, sie einzugehen.

## **Das Verhängnis in der EU begann mit Griechenland**

Den Weg in dieses wirklich große Verhängnis haben die Euro-Staaten im Mai 2010 beschritten.<sup>3</sup> Zunächst gaben die Regierenden vor, nur Griechenland vor der Zahlungsunfähigkeit retten zu wollen, um die Währungsunion zu retten. Der griechische Staat erhielt als Kredit auf drei Jahre 110 Milliarden Euro, 80 Milliarden von noch zahlungsfähigen Euro-Mitgliedsstaaten, 30 Milliarden vom Internationalen Währungsfonds (IWF), vergeben jeweils bilateral. Deutschlands Anteil belief sich auf 22,4 Milliarden, vergeben von der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), wofür der Bund die Bürgschaft übernahm.

## **Rettungsschirm dann auch für Portugal, Spanien, Irland**

Doch nur wenige Tage später stellte sich heraus, daß auch Portugal, Spanien und Irland strauchelten und Hilfe brauchten. Nun erfanden die Staats- und Regierungschefs der Euro-Länder am 7. Mai 2010 eine Institution mit dem Namensungetüm *Europäische Finanzstabilisierungsfazilität* (European Finance Stability Facility – EFSF). Im Klartext und vulgo wurde er „Rettungsschirm“ genannt und für die gesamten Euro-Länder aufgespannt. Diese Einrichtung darf – begrenzt bis Mitte 2013 – alle Euro-Länder mit Krediten beschirmen, wenn dort Schulden fällig werden, die sie nicht bezahlen können.

## **750 Milliarden Euro – auch als indirekte Hilfe für Frankreich**

Ausleihen kann dieser EFSF bis zu 440 Milliarden Euro. Deutschlands Bürgerschaftsanteil daran beläuft sich auf bis zu 123 Milliarden. Hinzu kommen für den EFSF aber noch 60 Milliarden, für die der EU-Haushalt geradestehen muß (genannt *Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus*, abgekürzt EFSM), sowie 250 Milliarden, die der IWF beisteuert. Folglich kann dieser Rettungsschirm mit insgesamt 750 Milliarden Euro einspringen. Allerdings ging es bei diesem Manöver vor allem darum, den Staat Frankreich zu retten, der sich als Hauptgläubiger Portugals, Irlands, Italiens, Griechenlands und Spaniens (PIIGS-Staaten) von Kreditausfällen dieser Länder bedroht sah und mit seinen eigenen Staatsanleihen in jenen Tagen auf dem Markt keine Käufer fand. Was Frankreich diesen PIIGS-Staaten geliehen hatte, war immerhin weit mehr als das, was – ebenfalls zitternd – die französischen Banken an griechischen Staatsanleihen in ihren Büchern hielten. Doch ist dieses französische Motiv für die Öffentlichkeit nicht gerade bestimmt gewesen.

## **Garantiesumme auf 780 Milliarden Euro heraufgesetzt**

Später stellte sich heraus, daß nicht alle am EFSF beteiligten Euro-Länder das benötigte AAA-Rating besaßen und diese „Fazilität“ damit nicht über die 440 Milliarden Euro voll würde verfügen können. Um das zu beheben, wurde die Garantiesumme von 750 auf 780 Milliarden heraufgesetzt. Für Deutschland bedeutet dies, daß seine Bürger nun für 211 statt 123 Milliarden in Haftung genommen werden. Auch ist noch ein Puffer von 20 Prozent vorgesehen, so daß es tatsächlich um rund 250 Milliarden geht, die fällig werden können.

## **Noch ein verschwiegenes zusätzliches Risiko**

Das freilich ist nicht die ganze Wahrheit. Denn Mitte September 2011 wurde publik, daß noch ein zusätzliches, aber verschwiegenes Risiko zu

schultern ist. Es besteht darin, daß der Haftungsfonds EFSF, wenn er selbst Geld am Kapitalmarkt aufnimmt, für diese Kredite Zinsen und andere Kosten zu bezahlen hat und die Euro-Staaten einspringen müssen, falls er zur Zahlung nicht mehr in der Lage wäre. Das Bundesfinanzministerium hat diesen Sachverhalt als zutreffend bestätigt, lehnt es jedoch ab, eine dafür mögliche Haftungssumme zu nennen. Aber die Deutsche Bank hat es gemacht, und die FAZ hat es am 17. September veröffentlicht: Im Extremfall erreiche die deutsche Haftungssumme rund 400 Milliarden Euro, nämlich dann, wenn der EFSF-Höchstrahmen zügig ausgeschöpft würde und von Anfang an nichts in den Fonds zurückflösse. Doch beträgt das deutsche Haftungsrisiko sogar 465 Milliarden, wie das Ifo-Institut in München ausgerechnet hat.<sup>4</sup>

### **EU-Beschlüsse sehen sogar 1,67 Billionen Euro als Kreditumfang vor**

Ebenfalls nach Ifo-Angaben vom 17. September 2011 haben die euro-päische Staatengemeinschaft und ihre Notenbanken bereits 802 Milliarden Euro an Hilfskrediten für notleidende Euro-Staaten vergeben. Darin enthalten sind, wie das Institut auflistet, das erste Griechenland-Paket (80 Milliarden) sowie die Hilfen über den EFSF, den EFSM und den IWF an Griechenland, Irland und Portugal (252 Milliarden). Hinzu kommt die auf 143 Milliarden Euro gestiegene Summe der Staatsanleihen, die die Notenbanken des EZB-Systems auf Anweisung des Zentralbankrates gekauft haben, sowie die Summe der versteckten Target-Kredite in Höhe von 327 Milliarden an die GIPS-Länder (Abkürzung für Griechenland, Italien, Portugal und Spanien). Diese Target-Kredite kamen im wesentlichen von der Bundesbank (siehe etwas weiter unten) und haben in den letzten drei Jahren 61 Prozent des Nettokapitalexports der Bundesrepublik Deutschland ausgemacht. Doch wie das Institut weiter schreibt, soll der mögliche Kreditumfang nach den vorbereitenden Beschlüssen der EU vom 21. Juli 2011, die der Bundestag ratifizieren muß, gegenüber dem heutigen Stand von 802 Milliarden noch einmal verdoppelt werden und dann bei bis zu 1670 Milliarden Euro liegen.

### **Was Deutschland für die Krisenländer nebenbei leistet**

Das Ifo-Institut machte auch darauf aufmerksam, was Deutschland nebenbei schon leistet. Denn die Kredite würden den Krisenländern zu Zinsen gewährt, die weit unter den Marktzinsen der Krisenländer lägen und daher das Anlagerisiko nicht widerspiegeln. Für eine Kreditversicherung müßten diese Länder heute zum Teil zweistellige Avalzinsen (Bürgschaftszinsen) zahlen. Doch Deutschland stelle diese Kreditversicherung unentgeltlich zur Verfügung, und damit gewähre es diesen Ländern bereits heute geldwerte Leistungen in beträchtlichem Umfang.

## **Wie Deutschland auch noch fremde Leistungsbilanzdefizite finanziert: die Target-Kredite**

Wenig oder so gut wie gar nicht bekannt sind in der Öffentlichkeit die Target-Kredite. Das Wort Target bezeichnet im Bankwesen ein Interbank-Überweisungssystem und Target2 das gemeinsame Brutto-Clearingsystem unter den Euro-Zentralbanken. Der Wirtschaftswissenschaftler und Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn hat darauf hingewiesen, daß seit dem Beginn der Finanzkrise 2007 ein Posten in der Bundesbank-Bilanz stark gestiegen ist. Er enthält die Forderungen gegen andere Euro-Notenbanken. Die Bundesbank gibt die Target-Salden als bedeutungslos aus, denn sie würden sich im Euro-Raum aufheben. Das soll besagen, von ihnen gehe keine Gefahr aus. Sinn ist zu Recht anderer Meinung und schreibt: „In der Tat, zwischen Schuldner und Gläubiger heben sich die Forderungssalden immer auf. Das ist wahr, beruhigt aber den Gläubiger nicht. Genauso wenig beruhigt es, daß die Europäische Zentralbank (EZB) die Target-Salden in ihrer Bilanz gar nicht verbucht, weil sie über alle Euro-Länder addiert null sind. Nur in den nationalen Bilanzen der Zentralbanken findet man sie.“ Die Auffassung, die Target-Salden bedeuteten keine Gefahr, sei unhaltbar, denn bei diesen Salden handele es sich um deutsche Kredite zur Finanzierung von Leistungsbilanzdefiziten fremder Staaten, zuletzt etwa 100 Milliarden Euro jährlich. Diese Kredite, so Sinn, „stellen die vom Bundestag schon genehmigten Rettungskredite an Griechenland, Irland und Portugal in den Schatten“.<sup>5</sup>

## **Deutschland haftet auch für 114 Milliarden Euro Target-Kredite der EZB**

Deutschland hat, wie Sinn schreibt, bis Ende März 2011 für 323 Milliarden Euro verzinsliche Target-Forderungen gegenüber der EZB aufgebaut. Die GIPS-Länder hätten bis zum Ende 2010 für rund 340 Milliarden Target-Verbindlichkeiten gegenüber der EZB angehäuft. Deutschland haftet für 33 Prozent der von der EZB an die GIPS-Länder verliehenen 340 Milliarden Euro, nämlich 114 Milliarden Euro. Diese Verbindlichkeiten seien im wesentlichen seit der zweiten Jahreshälfte 2007 entstanden, nach dem ersten Zusammenbruch des Interbankenmarktes. Die Target-Verbindlichkeit eines Landes zeige jenen Teil der Kreditvergabe der nationalen Notenbank an, der nicht dazu gedient habe, nationale Zentralbankgeldmenge bereitzustellen, sondern verwendet worden sei für Zahlungen an das Ausland. Damit messe sie zugleich jenen Teil der früheren Leistungsbilanzdefizite, der durch das Zentralbankensystem finanziert worden sei. Offenbar habe die EZB (und damit faktisch die Bundesbank) die privaten Kapitalströme zur Finanzierung der Leistungsbilanzsalden fast voll durch eigene Kredite ersetzt. Sie habe das Rauspauken (bail out) betrieben, lange bevor die Parlamente sich dazu durchgerungen hätten.

## **Der erweiterte Rettungsschirm EFSF**

Zurück zum Rettungsschirm EFSF. Weil sich der erste Kredit für Griechenland vom Mai 2010 (110 Milliarden auf drei Jahre) schon bald als nicht ausreichend herausstellte, legten die Staats- und Regierungschefs am 21. Juli 2011 ein zweites Hilfsprogramm für Griechenland mit 109 Milliarden Euro auf, woran sich der IWF ebenfalls beteiligen soll. Dieses Geld wird aus dem EFSF bereitgestellt, nicht mehr aus bilateralen Krediten. Im übrigen werden für Griechenland die Zinsen gesenkt und die Laufzeiten verlängert, auch für Portugal und Irland. Für alle drei Länder sind die Kredite mit Sparauflagen verbunden. Auch bekam der EFSF zusätzliche Kompetenzen: Er darf vorbeugend tätig werden, Finanzinstitutionen in Ländern außerhalb des Rettungsschirms stützen und alte Staatsschulden auf den Sekundärmärkten aufkaufen. Das soll später auch der ESM dürfen.<sup>6</sup> Parallel zu diesen Beschlüssen hat die Europäische Zentralbank immer wieder Staatsanleihen bedrohter Euro-Länder aufgekauft, um – wie die FAZ schrieb – deren Zinslast zu senken.

## **Der zweite und unbefristete Rettungsschirm ESM**

Groß ist das Vertrauen der Euro-Staaten in den nachhaltigen Erfolg dieses ersten und befristeten Rettungsschirms augenscheinlich nicht, um so größer ebenso augenscheinlich ihre Angst, daß die Überschuldungsfolgen nach dem Auslaufen von EFSF und EFSM nicht ausgestanden sind und eher noch schlimmer werden. Denn knapp ein Jahr später, im März 2011, haben die EU-Staats- und Regierungschefs beschlossen, für die Zeit nach 2013 einen Rettungsschirm auf Dauer aufzuspannen. Dieser dauerhaft geplante Schirm hat den Namen *Europäischer Stabilitätsmechanismus* (*European Stability Mechanism, ESM*) bekommen und soll als Basiskapital über 700 Milliarden Euro verfügen. 80 Milliarden davon müssen die Euro-Staaten als Bareinlage einzahlen, den großen Rest verbürgen und immer dann, wenn erforderlich, nachschießen. 22 von den 80 Milliarden entfallen auf Deutschland, einzuzahlen in Raten auf fünf Jahre verteilt. Die Haftungsgrenze für Deutschland liegt bei 190 Milliarden; aber darin sind die Zinsen und Kosten für aufzunehmende Kredite eingeschlossen.<sup>7</sup> Mit den Rettungspaketen begibt sich die politische Führung der Euro-Staaten außerhalb der Grenzen, die Maastricht- und Lissabon-Vertrag ziehen. Mit ihnen geschaffen wird „eine Art ständiger Ausnahmezustand“.<sup>8</sup>

## **Der ESM-Vertragsentwurf mit 43 Artikeln**

Der „ESM-Rettungsschirm“ heißt amtlich *Vertrag zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)*. Er soll Finanzmittel beschaffen und damit ESM-Mitgliedsstaaten, also Euro-Ländern, unter die Arme greifen, die schwerwiegende Finanzierungsprobleme haben



oder denen solche Probleme drohen (Artikel 3 des Vertragsentwurfs). Er soll seine Finanzhilfe nur dann bereitstellen, „wenn dies unabdingbar ist, um die Stabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt zu wahren“. Die Finanzhilfe soll „unter strikten wirtschaftspolitischen Auflagen“ geleistet werden. Der ESM ist ein Fonds. Was mit ihm droht, ist dem Vertragsentwurf mit seinen 43 Artikeln zu entnehmen:

### **Für spätere Kapitalerhöhungen keine parlamentarische Kontrolle mehr**

Der Rettungsfonds wird eine eigenständige Behörde sein. Er darf Änderungen am Grundkapital selbständig beschließen (Artikel 10). Wenn er das tut, werden es wohl kaum Herabsetzungen, sondern Erhöhungen sein. Die Mitgliedsstaaten muß er dafür nicht fragen. Damit unterliegt er für Erhöhungen auch keiner parlamentarischen Kontrolle mehr. Begrenzungen für solche Erhöhungen sieht der Entwurf nicht vor. Jeder Mitgliedstaat ist verpflichtet, das beschlossene Grundkapital bedingungslos und unwiderruflich einzuzahlen (Artikel 8). Das würde auch für ein später heraufgesetztes Grundkapital gelten. Damit wird den nationalen Parlamenten hierfür ihr Haushaltsrecht entzogen.

### **Keine Begrenzungen für Kreditaufnahmen durch den ESM**

Zudem ist der ESM ermächtigt, an den Kapitalmärkten Kredite aufzunehmen (Artikel 17, Ziffer 1). Gibt es dafür Begrenzungen? Die sieht der Entwurf nicht vor, Modalitäten der Kreditaufnahmen sollen später die Gouverneure (EU-Finanzminister) in Leitlinien regeln (Ziffer 2). Der Rettungsfonds darf also über die ohnehin schon gewaltige Verschuldung seiner Mitgliedsstaaten hinaus die staatliche Schuldenlast weiter auftürmen. Zwar liest man, daß kein Mitgliedstaat auf Grund seiner Mitgliedschaft für die Verpflichtungen des Fonds haftet und seine Haftung auf seinen Anteil am Grundkapital zum Emissionskurs beschränkt ist (Ziffer 5), aber wer haftet, wenn der Haftungsfall über das Grundkapital hinausgeht?

### **Die ESM-Leitung genießt Immunität und ist frei von Haftung**

Wer kann für solche Riesenbeträge überhaupt in Haftung genommen werden? Die handelnden und verantwortlichen Personen schon gar nicht. Erstens wären sie finanziell dazu nicht in der Lage, und zweitens kommt niemand an sie heran, denn der Vertrag beschert ihnen strafrechtliche Immunität (Artikel 30, Ziffer 1) und dem ESM gerichtliche Immunität (Artikel 27, Ziffer 3). Die Immunität verlieren sie nur dann, wenn sie selbst ausdrücklich darauf verzichten. Informationen, die der Geheimhaltung unterliegen, dürfen sie nicht offenlegen, aber was der Geheimhaltung unterliegt, enthält der Vertragsentwurf nicht. Der ESM kann Gerichtsver-

fahren anstrengen (Ziffer 2), selbst aber nicht vor Gericht gezogen werden. Die Räumlichkeiten des ESM sind unverletzlich (Ziffer 6), dürfen also im Fall eines Falles nicht von Verfolgungsbehörden durchsucht werden. Mit seiner Tätigkeit ist der ESM von Kontrollen befreit (Ziffer 8). Doch sollen unabhängige externe Prüfer die Rechnungsführung des ESM überprüfen (Artikel 25). Man erfährt aber nicht, ob und wie die Öffentlichkeit und die nationalen Parlamente über die Rechnungsführung unterrichtet werden. Soll auch das der Geheimhaltung unterliegen?

### **Was ist, wenn die Retterstaaten gerettet werden müssen?**

Die Währungsunion wird nicht nur dadurch zur Schuldenunion, daß die Euro-Staaten (mit dem ersten befristeten und dem zweiten unbefristeten Rettungsschirm) überschuldete Mitgliedsstaaten aus drohender Zahlungsunfähigkeit heraushauen und auf diese Weise für fremde Schulden die Mithaftung übernehmen, sondern auch deswegen, weil sie ihre Zahlungsverpflichtungen gegenüber beiden Rettungsfonds praktisch ebenfalls nur mit Schuldenaufnahme erfüllen können. Oder krasser formuliert: Die (alten) Schulden der bedrohten Euro-Staaten werden bezahlt mit (neuen) Schulden der noch nicht bedrohten Mitgliedsländer. Das kann sich hochschaukeln, bis auch die Retterstaaten zur Rettung fällig werden. Aber wo sind dann noch Retter? Weil sie sich nicht finden werden, wird es Opfer geben – die breite Masse der Bürger.

### **Der ESM macht das Finanzsystem nicht stabiler, sondern noch instabiler**

Mit dem dauerhaften Rettungsfonds ESM wollen die Euro-Staaten „die Finanzstabilität des Euro-Währungsgebiets wahren“.<sup>9</sup> Die Stabilität von Finanzen wahrt man dann am besten, wenn man nicht über seine Verhältnisse lebt und die Ausgaben den Einnahmen anpaßt. Das allerdings ist hier nicht gemeint. Der Fonds „rettet“ mit Schulden Staaten, weil diese zu hohe Schulden haben. Die Schuldenspirale dreht sich. Insgesamt also vermehren sich die Schulden immer weiter. Und das soll Wahren der Finanzstabilität sein? Nein, das Geld- und Kreditsystem, also das Finanzsystem, wird noch instabiler und mit ihm das Euro-Währungsgebiet.

### **Wie will Deutschland das alles bezahlen?**

Wo holt sich Deutschland das Geld her, wenn es seine Einzahlungen zu leisten hat und seinen weiteren ESM-Zahlungsverpflichtungen nachkommen muß? Durch Neuverschuldung mit dem Verkauf weiterer Staatsanleihen an Finanzinstitutionen und private Bürger. Dann kommen zur ohnehin laufenden Neuverschuldung weitere neue Schulden hinzu. Wenn der deutsche Staat dafür nicht mehr genug Käufer findet oder die

staatliche Zinslast zu drückend geworden ist, um weiteren Zinsendienst leisten zu können, wird er versuchen, sich das Geld bei seinen Bürgern durch Enteignungen zu holen: mit dem Erhöhen von Steuern oder dem Erfinden neuer Steuern, mit Zwangsanleihen, mit Vermögensabgaben, mit Zwangshypotheken auf Immobilien. Zuvor wird er dem Volk weismachen, nur „die Reichen“ würden damit belastet. Bis dann jene Bürger, die zur fleißigen Mittelschicht gehören, merken, daß der Staat auch sie als „Reiche“ meint, ist breite Auflehnung zu spät, die Gesetze sind dann beschlossen und fast nicht wieder wegzukriegen.

## **Bürger-Widerstand gegen den ESM vor allem in Deutschland**

Daher hat sich gegen den von 2013 an ständigen Rettungsfonds vor allem in Deutschland unter Bürgern und Medien heftiger Widerstand erhoben. Denn so, wie der Vertrag als Entwurf vorliegt, ist er für Bürger, ihre Parlamente, für souveränitätsbewußte Staaten, für Demokratien eine Zumutung. Die deutsche Bevölkerung glaubt mit überwältigender Mehrheit nicht daran, daß die Euro-Schuldenkrise mit immer größeren Rettungsschirmen dauerhaft gelöst werden kann. Das jedenfalls hat eine repräsentative Emnid-Umfrage im Auftrag von „Die Jungen Unternehmer“, erhoben vom 25. August bis 27. August 2011, ergeben. Und 85 Prozent der Befragten wollen, daß, wenn einzelne Euro-Staaten zahlungsunfähig werden, zuerst und maßgeblich die Geldgeber (Banken, Versicherungen, Pensionsfonds) an den Kosten der Rettung beteiligt werden, bevor der Steuerzahler dazu herangezogen wird. 79 Prozent wollen, daß der Bundestag jedes Mal zustimmen muß, bevor bei der Euro-Rettung weitere Risiken für Deutschland eingegangen werden.<sup>10</sup>

## **Was erst ein Video im Internet in Bewegung brachte**

Viele Menschen aufgeschreckt hat erst ein Vier-Minuten-Video der Bürgerinitiative „*Zivile Koalition*“ in Berlin, das starke Verbreitung im Internet gefunden hat.<sup>11</sup> Auf Welt-online las man dazu: „Interessant daran ist zweierlei. Zum einen sind die hier genannten Fakten in Deutschland öffentlich bislang nicht debattiert worden, obwohl der Vertragsentwurf den Fraktionen bereits seit Mai vorliegt. Zum anderen mögen sich die Volksvertreter nicht direkt zu den im Video thematisierten Sachverhalten äußern. Die neue EU-Finanzbehörde strebt Rechte an, die Demokraten sprachlos machen. Die Politik weiß es seit Mai – und schweigt.“\*

## **Per E-Mail 150.000 Proteste an die Bundestagsabgeordneten**

Mit der Aktion „Stopp der Transferunion“ im Internet<sup>12</sup> hat die „*Zivile Koalition*“ die Bürger dazu aufgefordert, von allen 620 Abgeordneten des Bundestages eine klare Aussage darüber zu verlangen, ob sie bei

der Abstimmung über das Rettungspaket ihrem Gewissen oder der Linie ihrer Partei folgen. Beantworten sollen sie diese Frage: „*Werden Sie sich als Abgeordneter des Deutschen Bundestages dafür einsetzen, daß die Umwandlung der EU in eine Transfer- und Haftungsgemeinschaft verhindert wird?*“ Binnen zwölf Wochen haben die Abgeordneten dadurch per E-Mail rund 180.000 Proteste mit der Aufforderung zur persönlichen Stellungnahme erhalten (Stand 21. September 2011). 55 Prozent von ihnen sind der Aufforderung im gleichen Zeitraum gefolgt. Dabei haben die meisten begründet, warum sie dem Vertrag meinen zustimmen zu müssen. Das Ziel der Initiative ist, daß dieser Vertrag keine parlamentarische Mehrheit findet.<sup>13</sup>

### **Die Bundesregierung verweist auf ein deutsches Vetorecht**

Die Bundesregierung versucht, die Angst der Deutschen vor dem ESM-Vertrag mit dem Hinweis zu beruhigen, der Vertrag sehe einstimmige Entscheidungen der Finanzminister als ESM-Gouverneure vor, wenn strauchelnde Euro-Staaten Kredithilfe beantragten oder der ESM (in Ausnahmefällen) deren Staatsanleihen kaufen sollte, um ihnen auf diese Weise zu frischem Geld zu verhelfen. Das soll besagen: Jeder durch seinen Finanzminister vertretene Euro-Staat kann durch sein Veto die Hilfe vereiteln. Wenn also der deutsche Finanzminister (Gouverneur) einer Hilfe nicht zustimmt, bedeutet dies, daß auch Deutschland ein Vetorecht hat.

### **Bedeutet einvernehmlich einstimmig?**

Wer dann fragt, wo das im Vertragsentwurf steht, wird zunächst auf Artikel 4 verwiesen. Der regelt die Stimmrechte. Unter Ziffer 2 lautet der erste Satz: „*Die Beschlüsse des Gouverneursrats und des Direktoriums werden im gegenseitigen Einvernehmen nach Maßgabe des vorliegenden Vertrags mit qualifizierter Mehrheit oder einfacher Mehrheit gefaßt.*“ Das heißt, Mehrheit genügt, teils nur eine einfache. Aber wieso *im gegenseitigen Einvernehmen*? Gilt einvernehmlich als einstimmig? Und wenn die Minderheit durch die Mehrheit überstimmt wird, dann ist das alles andere als ein *einvernehmlicher* Beschluß, die Minderheit hat die Einvernehmlichkeit doch ausdrücklich verweigert.

### **Was gilt: Einstimmigkeit oder Mehrheit?**

Unter Ziffer 3 liest man: „*Ein im gegenseitigen Einvernehmen gefaßter Beschluß erfordert dessen einstimmige Befürwortung oder Ablehnung durch die an der Abstimmung teilnehmenden Mitglieder. Enthaltungen haben keine Auswirkungen auf im gegenseitigen Einvernehmen gefaßte Beschlüsse.*“ Hier also bedeutet gegenseitiges Einvernehmen Einstimmigkeit. Aber warum ist dann zuvor in Ziffer 2 von „*qualifizierter oder*

*einfacher Mehrheit*“ die Rede? Und was gilt denn nun? Einstimmigkeit oder Mehrheit? Und wenn einvernehmlich gefaßte Beschlüsse auch dann als einstimmig gefaßt gelten, falls sich einer oder mehrere Finanzminister der Stimme enthalten, läßt sich die Enthaltung im Heimatland als Widerstand ausgeben und in der Euro-Union als verantwortungsbewußtes Handeln um der Integration willen – eine Säuselei, die gleich auf zwei Heiligenscheine aus ist: auf einen zu Hause und auf einen bei der integrationssseligen Politikerkollegschaft in Europa.

### **Wann es ohne Deutschland nicht geht und wann doch**

Ein Vetorecht für Deutschland ist nach Auskunft vom Bundesfinanzministerium in Artikel 4, Ziffer 4 des Vertragsentwurfs enthalten. Das Ministerium nennt es ein indirektes Vetorecht, weil eine Mehrheit gegen Deutschland nicht zusammenkommen könne. Ziffer 4 lautet: *„Ein durch qualifizierte Mehrheit gefaßter Beschluß erfordert eine Mehrheit von achtzig Prozent (80 %) der abgegebenen Stimmen.“* Der Stimmenanteil eines Euro-Landes bemißt sich nach Ziffer 6 des Artikels 4 daran, mit wieviel es am genehmigten Grundkapital des ESM beteiligt ist. Danach beläuft sich der deutsche Anteil auf etwas über 27 Prozent. Alle übrigen zusammen kommen also nur auf 73, nicht auf 80 Prozent. Insofern könnte Deutschland nicht überstimmt werden, wenn es den Beschluß nicht mittragen will. Sollte aber Deutschland an einer Beschlußfassung – warum auch immer - nicht teilnehmen können, nützt den Deutschen dieses „indirekte Vetorecht“ nichts, denn beschlußfähig ist der Gouverneursrat auch mit 66 Prozent. Das steht in Satz 2 unter 2. in Artikel 4: *„Diese Gremien sind beschlußfähig, wenn bei der Abstimmung über die zu fassenden Beschlüsse 2/3 der stimmberechtigten Mitglieder vertreten sind, die mindestens 2/3 der Stimmrechte darstellen.“* Danach ist also der Gouverneursrat mit 66 Prozent der vertretenen Stimmrechte auch ohne Deutschland beschlußfähig und kann, wenn Einstimmigkeit vorgeschrieben ist, einstimmig ohne Deutschland beschließen. Deshalb darf Deutschland bei wichtigen Beschlüssen auf keinen Fall fehlen.

### **Wann qualifizierte Mehrheit, wann einfache?**

Nach ESM-Artikel 37 kann der Beitragsschlüssel korrigiert werden. Schwer durchschaubar verändern sich dann die Stimmrechte. Außerdem gilt die 80-Prozent-Hürde nur für Beschlüsse, die mit qualifizierter Mehrheit zu fassen sind. Aber wann und wofür ein Beschluß einer qualifizierten oder einer nur einfachen Mehrheit bedarf, ist im Vertragsentwurf nicht zu finden.

### **Wie kann man Merkel und Schäuble noch vertrauen**

Vor allem aber: Was nützt den Deutschen ein Vetorecht der deutschen Regierung, sei es ein direktes oder indirektes, wenn Regierende wie Merkel und Schäuble mit ihrer Clique und Claque die deutschen Bürger mit

dem Hinweis auf ein deutsches Vetorecht nur ruhigstellen wollen, aber im Traum nicht daran denken, es auch auszuüben? Hat nicht Schäuble vom Bundestag einen Blankoscheck für die weiteren Schritte in der Euro-Politik verlangt und die damit verbundene Strategie hin zu einer politischen Union? Es steht in einem streng vertraulichen Dokument mit 41 Seiten, an die Öffentlichkeit gebracht vom *Handelsblatt* am 24. August 2011. Schäuble erläutert darin seine Pläne, wie er die erweiterten Befugnisse des Rettungsschirms konkret ausgestalten will. Und wollten nicht Schäuble und Merkel die Öffentlichkeit und den Bundestag durch Informationsbegrenzung und Verharmlosen der ESM-Regeln und deren Folgen überlisten und damit die Zustimmung zum ESM erschleichen? Frau Merkel hat in Deutschland schon oft anders gesprochen, als sie in Brüssel und Paris gehandelt hat. Und dann soll man den beiden vertrauen, daß sie im Gouverneursrat gegen etwas stimmen, was Deutschland noch schwerer schadet als schon bisher und gar ruiniert?

### **Strikte Auflagen? Sie sind Placebos wie die Maastricht-Kriterien**

Schäubles Ministerium verabreicht den Deutschen nur eine Beruhigungspille, wenn es versichert, die EMS-Hilfsgelder würden doch nur „unter strikten Auflagen“ vergeben. In der Tat, im EMS-Entwurf stehen solche Auflagen drin. Aber was sind solche Vertragsbestimmungen später bei ihrer Anwendung wirklich wert? Gerade wenn es darauf ankam, die sogar wichtigsten Regeln einzuhalten, haben sich die EU-Politiker gesetzeswidrig und bisher straflos über sie hinweggesetzt. Die Bürger haben das erlebt mit dem Lissabon-Vertrag, mit den Maastricht-Kriterien, mit der No-bail-out-Bestimmung und mit dem Statut der Europäischen Zentralbank. Wenn dem politischen EU-Führungsapparat das nächste Mal das Wasser immer noch oder schon wieder und dann womöglich noch höher über dem Hals steht, werden sich auch die „strikten Auflagen“ als bloße Placebos für das Volk entpuppen.

### **Juristen und Bundesrechnungshof warnen vor dem ESM**

Das juristische Personal des Bundestages und der Bundesrechnungshof sehen im Euro-Rettungsschirm das deutsche Budgetrecht und die Geldwertstabilität in Gefahr. Ein Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags, erstellt im Februar 2011, aber erst im April öffentlich bekannt geworden, warnt die Bundestagsabgeordneten ausdrücklich davor, dem Euro-Rettungsschirm ESM zuzustimmen, vor allem aus diesen Gründen: *Erstens* werde die Entscheidungsmacht des Parlamentes über künftige deutsche Hilfszahlungen aus der Hand gegeben, da eine Kontrolle durch den nationalen Gesetzgeber oder gar seine Beteiligung an der Entscheidung auf supranationaler Ebene nicht vorgesehen sei. Damit würde der nationale Gesetzgeber insoweit seine Entscheidungshoheit über

den Haushalt, über die Höhe der Ausgaben und Verpflichtungen des Staates beschränken. *Zweitens* würden die Euro-Staaten unwiderrufliche und unbedingte Garantien eingehen. *Drittens* könnten in die Schuldenländer nahezu unbegrenzte Finanzmittel abfließen.

### **Eine Selbstkastrierung Deutschlands**

Würde also der bisher vorliegende Vertragsentwurf zu diesem zweiten Rettungsschirm im Bundestag wirklich so abgenickt, gäbe das deutsche Parlament im wesentlichen sein Budget-Recht und Deutschland das Hoheitsrecht über seine Haushalts- und Finanzpolitik auf. Es wäre eine Selbstkastrierung Deutschlands.

### **Deutschland rettet die anderen und sich selbst bankrott**

Was der Bundestag in der vorliegenden Form beschließen soll, sind weitreichende und folgenschwere Ermächtigungen zugunsten einer zentralisierten europäischen Planwirtschaft der EU-Organen in Brüssel. Deutsches Haushaltsrecht und damit finanzielle Souveränität werden unwiderruflich an Zentralorgane abgegeben, die weder rechtlich wirklich legitimiert noch demokratisch wirklich kontrolliert sind. Die überstaatlichen Einrichtungen EFSF und ESM erhalten Hoheits- und Regierungsrechte, gegen die einzelne Euro-Staaten nichts mehr ausrichten können, und das Personal dieser Institutionen erhält gegen rechtsstaatliche Klagen umfassende, nicht aufhebbare Immunität. Die bis zur Billionen-Höhe möglichen Geldtransfers können in den Euro-Staaten kommunale, regionale und nationale Ausgabenplanung schnell über den Haufen werfen und damit nahezu unmöglich machen. Die nationalen Ausgaben für Infrastruktur, Bildungswesen, Sozialleistungen, innere und äußere Sicherheit sowie vieles andere mehr sind gefährdet. Den Euro-Staatenbürgern stehen schwere Eingriffe und Veränderungen in ihrem gewohnten Leben bevor. Deutschland rettet die anderen und sich selbst bankrott.

### **Etwas Rückenstärkung vom Bundesverfassungsgericht**

Wer befreit die Deutschen von dieser ruinösen Politik. Der Bundestag müßte und könnte es. Das Bundesverfassungsgericht hat ihm dafür am 7. September 2011 mit seiner Entscheidung zu den drei Verfassungsbeschwerden gegen die Griechenlandhilfe und den ersten Euro-Rettungsschirm den Rücken etwas gestärkt. Danach bedarf jede große Hilfeleistung für andere Euro-Staaten im einzelnen der Zustimmung des Parlaments. Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle hat betont, das Urteil dürfe „nicht fehlgedeutet werden in eine verfassungsrechtliche Blanko-Ermächtigung für weitere Rettungspakete“. Es dürfe bei den Zahlungen keinen Automatismus geben, der die Rechte der Abgeordneten aushebele.



## **Aber die Zustimmung des Haushaltsausschusses soll genügen**

Doch mit dieser Entscheidung sollten sich die Deutschen nicht einlullen lassen und zur Ruhe legen. Das Gericht verlangt nur die Zustimmung des Haushaltsausschusses. Und wie in der FAZ zu lesen war, stehen seine Mitglieder „in der innerparteilichen Hierarchie weit unten“ und würden sich kaum dafür entscheiden, die Regierung zu lähmen. Auch sei der Leitsatz des Urteils über das Zustimmungserfordernis keineswegs so eindeutig, wie er scheine. Daher müssen die Bürger dem Bundestag und seinen Abgeordneten Beine machen, dieses EMS-Vorhaben abzulehnen. Noch ist der ESM-Vertrag nicht verabschiedet, weil verschoben auf 2012. Noch ließe sich dieses Ermächtigungsgesetz durch immer größere Protestbewegung verhindern. Mit einem anderen, früheren Ermächtigungsgesetz hat sich Deutschland schon einmal in eine Katastrophe treiben lassen.

## **2. Die tieferen Ursachen der Finanzkrise**

Für die Kundigen war von Anfang an klar, daß eine gemeinsame Währung ein gewaltiges wirtschaftliches, soziales und damit politisches Konfliktpotential enthält, wenn die EU-Staaten nur eine gemeinsame Währung installieren, nicht aber zugleich auch die für einen Erfolg nötigen Voraussetzungen schaffen. Das haben sie stets als die große Gefahr gesehen und mahnend beschworen. Warnungen, geradezu Beschwörungen hatte es genug gegeben, darunter die gemeinsame öffentliche Warnung von 62 deutschen Universitätsprofessoren von 1992 als ein Manifest gegen die Währungsunion. Ebendarum hat Deutschland im Vertrag von Maastricht (1992) wenigstens die Konvergenzkriterien durchgesetzt. Sie sollten (vor allem als Beruhigungsspiel für die deutsche Öffentlichkeit) sicherstellen, daß die Volkswirtschaften der Mitgliedsstaaten nicht zu stark auseinandertreiben, und damit das Konfliktpotential jedenfalls anfangs begrenzen. So notwendig sie waren, hinreichend waren sie nicht, um die starken wirtschaftlichen Spannungen und die ihnen folgenden politischen Zerreißproben zu vermeiden. Sie waren – wie damals dargelegt – ökonomisch nicht begründet, sondern willkürlich, waren zu weich, interpretationsbedürftig, unvollständig und auf einen zu kurzen Zeitraum bezogen. Die Kriterien spielen längst keine wirkliche Rolle mehr, sind längst Makulatur.

## **Viele Krisen in einer**

Was ist das für eine Krise, die sichtbar und spürbar nun schon seit 2008 über Märkte, Staaten und Menschen wie ein Dauergewitter hernieder geht und kurz gerne nur Finanzkrise genannt wird? Ist diese gewaltige, länderübergreifende Krise eine Wirtschaftskrise? Eine Kreditkrise? Eine Bankenkrise? Eine Überschuldungskrise? Eine Dollarkrise? Eine Eurokrise? Eine Staatenkrise? Eine Krise der Wirtschaftsordnung? Gar eine



Krise der Marktwirtschaft? Vielleicht auch eine Demokratiekrise? Eine Politikkrise? Also eine Systemkrise? Tatsächlich ist sie alles zusammen. Mit dem Platzen jener Immobilienblase in den Vereinigten Staaten ist sie offenbar geworden und hat auf andere Märkte, andere Wirtschaftszweige, andere Länder und ganze Staaten übergreifen, hat mit ihren Weiterungen schwere, teils ruinöse Folgen für Banken, Unternehmen und das allgemeine Wirtschaftsleben nach sich gezogen.

### **Die Finanzkrise offenbart auch eine verschleppte Strukturkrise**

Zunächst aber handelt es sich um eine Überschuldung von Banken, Unternehmen und Staaten, die zu lange und zu billig (nämlich wegen zu niedriger Zinsen) möglich war und somit von der Geldpolitik der Staaten und Zentralbanken unnötig gefördert wurde. Und in dieser ihrer Schuldenkrise kam und kommt nun auch noch eine (wegen der Politik des billigen Geldes) verschleppte und bislang unbeachtete Strukturkrise zum Vorschein, wie sie sich zum Beispiel auf einem gesättigten Markt in der Überproduktion der Autoindustrie geäußert hat (daher 2009 in Deutschland die staatliche Abwrackprämie für alte Autos), in Fehlentscheidungen innerhalb der Finanzwelt (Beispiel: Investment Banking zu Lasten des Privatkunden- und Spargeschäfts) oder auch im Fusionsgrößenwahn in der Produktionswirtschaft (Beispiel: die Übernahme von Continental durch die Schaeffler-Gruppe 2008/2009). Eine Krise wie diese macht Versäumtes schlagartig und besonders schmerzhaft sichtbar und fühlbar.

### **Sich an Veränderungen rechtzeitig anpassen**

Vieles, wenn nicht alles im Leben unterliegt Veränderungen. Wer sich dem nicht rechtzeitig anpaßt, erleidet Schaden oder auch Schiffbruch. Anpassungsbedarf an Veränderungen herrscht auch in den westlichen Industriegesellschaften. Sich anpassen heißt für Unternehmen oder Wirtschaftszweige schrumpfen oder umsteuern. Wenn Wirtschaft und Politik nicht beizeiten auf die Veränderungen reagieren, stecken sie später in einer strukturellen Anpassungskrise. Die hat Auswirkungen auch auf die Rohstofflieferanten und die industriell aufstrebenden exportierenden Billiglohnländer. In der globalisierten Wirtschaft sind alle miteinander vernetzt, hängen alle voneinander ab.

### **Die Strukturkrise wird als Konjunkturkrise mißverstanden**

Mit den gigantischen Konjunkturpaketen für die Güterwirtschaft haben die staatlichen Führungskräfte, vornehmlich die der westlichen Welt, gezeigt, daß sie die verschleppte Strukturkrise als Konjunkturkrise mißverstanden oder mißverstehen wollten. Die westlichen Volkswirtschaften sind in vielen Bereichen gesättigt. Für nötige Veränderungen und Berei-

nigungen von Strukturen in Wirtschaftszweigen und Unternehmen sind staatliche Finanzhilfen ungeeignet; sie verschleppen sie nur weiter. Den Unternehmen werden die dicken Geldspritzen auf die Dauer, wie Beispiele zeigen, doch nicht helfen. Dann sind die staatlichen Gelder – es sind die der Bürger – verschleudert. Fängt ein Staat mit solchen Hilfen an, fließen sie wie in ein Faß ohne Boden, weil immer weitere Unternehmen auf Staatshilfe drängen.

### **Staatsverschuldung mündet letztlich in massive Geldentwertung**

Die staatliche Verschuldung steigt mit solchen Anti-Krisenmaßnahmen noch mehr. Daß die Staaten die Schulden je tilgen werden und können, ist Utopie. Auch mit höheren Steuern ist das nicht zu schaffen, denn die sind schon jetzt zu hoch. Die Schafschur muß da aufhören, wo die nackte Haut beginnt. Das muß ein Staat auch bei seinen Steuerbürgern beachten. Die ausgeweiteten Geldmengen wieder aus dem Verkehr zu ziehen, also sie in die Notenbanken zurückzuholen und sie der Gütermenge anzupassen, wird schwerlich gelingen. Das mündet schließlich zwangsläufig in eine große Inflation, in die massive Geldentwertung.

### **Die Inflation kommt schleichend**

Anfangs merkt der Normalbürger noch nichts davon. Sie beginnt auf den Märkten für Finanzprodukte (Beispiel: Anstieg der Aktienkurse), für Vermögensgüter wie Kunstwerke, Schmuck und Luxuswaren, auch für Edelmetalle, für Immobilien, für Rohstoffe, dann für Vorprodukte der Konsumgüter. Erst allmählich sickern die durch Inflation verursachten Preissteigerungen dann herunter auf die Märkte für Endprodukte, also die für den alltäglichen Lebensbedarf.

### **Nicht jeder Preisaufrtrieb ist eine Inflation**

Nicht jeder Preisaufrtrieb ist eine Inflation, obwohl gerne und häufig so genannt. Warum? An freien Märkten, also bei unbeschränktem Wettbewerb, pflegen Güterpreise nur dann zu steigen, wenn die kaufkräftige Güternachfrage größer ist als das gleichzeitig vorhandene Güterangebot. Die Ursachen dafür sind bekanntermaßen zwei: Entweder ist das Angebot, gemessen an der Nachfrage, zu knapp, oder die Nachfrage ist, gemessen am Angebot, zu groß. Zu knapp heißt, die Gütermenge ist geringer geworden (Beispiel Produktionsausfälle) oder nicht ebenso gewachsen wie die kaufkräftige, also die mit Geld ausgestattete Nachfrage. Aber wie kann die kaufkräftige Nachfrage zu groß werden?

### **Das heute beliebig vermehrbare Geld**

Die kaufkräftige Nachfrage wird durch die Geldmenge bestimmt, die in den Wirtschaftskreislauf über die Zentralbanken und Banken gelangt.

Diese Geldmenge ist, wenn sie nicht durch ein knappes Gut wie Gold oder Silber in einem festgelegten Verhältnis „gedeckt“ und daher in ihrem Wachstum begrenzt ist, beliebig vermehrbar: Münzen können beliebig geprägt, Banknoten als Papiergeld beliebig gedruckt und Kredite als Buch- oder Giralgeld beliebig vergeben werden.

### **Das mit Mausclick hergestellte Geld**

Während das Herstellen von Münzen und Banknoten allenfalls noch eine (freilich ziemlich ferne) Grenze in der Verfügbarkeit der Sachgüter Metalle und Papier findet, gibt es für die Geldschöpfung durch Kreditvergabe eine natürliche Grenze nicht; sobald eine Bank einen Kredit gewährt und mit einfacher Buchung dem Kreditempfänger zur Verfügung gestellt hat, hat sich die Geldmenge um den Kreditbetrag vergrößert. Was früher durch ein paar Federstriche auf Papier geschah, vollzieht sich jetzt mit wenigen Mausclicks am Computer noch schneller.

### **Grenzen für die Geldmengenvermehrung eingerissen**

Die Grenze für solche (auch *Fiat money* genannte) Geldschöpfung können, wenn es sich um ein staatliches Monopolgeld handelt, nur der Staat und die Zentralbank ziehen. So soll es an sich auch sein, aber die Finanzsystemkrise der letzten Jahre als Folge der Überschuldung von zu großen Banken und von zu unsoliden Staaten hat diese Grenzen eingerissen und zu einer ungeheuren Geldmengenvermehrung geführt. Inzwischen kaufen Zentralbanken wie die Fed in Amerika und die Europäische Zentralbank Staatsanleihen auf und schaufeln damit zusätzlich Geld in den Kreislauf.

### **Der monopolisierte und manipulierte Zins**

Hinzu kommt, daß Staaten und Zentralbanken den Zins monopolisiert haben, ihn manipulieren und, ausgehend von den Vereinigten Staaten, nahe an Null heruntergedrückt haben. Nur so können hochverschuldete Banken und Staaten überhaupt noch ihre Zinsverpflichtungen halbwegs bewältigen. Das heißt, alle Gläubiger in diesen Staaten, vor allem die Bürger mit Guthabenkonten und ihren Sparanlagen, auch in Deutschland, müssen mit niedrigsten Zinserträgen für die Schulden der Mächtigen bluten. Aus dem Gläubigerschutz ist Schuldnerschutz geworden.

### **Räuberische Gewinner, schuldlose Verlierer**

Der liberale Nationalökonom und Autor Roland Baader hat das auf diesen kurzen Nenner gebracht: „Räuberische Gewinner hier und schuldlose Verlierer dort.“ Inflation sei dem ungedeckten Geld, dem Fiat money, systemimmanent. Dieses Geld bewirke, daß sich die Schere zwischen Arm und Reich vergrößere. Die zur Geldvermehrung betriebene Niedrigzins-

politik verbillige den Einsatz des Produktionsfaktors Kapital gegenüber dem Produktionsfaktor Arbeit und treibe die Vermögensgüterpreise hoch, während sich Geringverdiener und Rentner dem Kaufkraftverlust nicht oder kaum entziehen könnten.

### **Inflation kommt, wenn die Geldmenge aufgebläht ist**

Zurück zum Begriff Inflation. Steigen die Güterpreise im unbeschränkten Wettbewerb auf Grund von Verknappung, sind das zwar unerfreuliche, aber normale Preissteigerungen, Inflation ist das nicht. Inflation liegt nur dann vor, wenn die Güterpreise steigen, weil die Geldmenge aufgebläht worden ist und das Güterangebot mit der Aufblähung der Geldmenge nicht Schritt halten kann. Die Folge ist zwingend: Die Preise der relativ knappen Güter passen sich auf den Märkten der riesigen Geldmenge an, das heißt: sie steigen. Das eine ist die Teuerungsrate, das andere die Inflationsrate. Beides, Verknappung und Inflation, kann auch zusammen auftreten. Dann entsteht aus verknappungsbedingtem und inflationsbedingtem Preisauftrieb eine scheußliche Mischung. Doch noch ist der inflationsbedingte Preisauftrieb auf die Konsumgütermärkte noch gar nicht richtig durchgesickert.

### **Wie die Preis-Lohn-Spirale in Schwung kommt**

Der Anstieg der deutschen Importpreise ist ein solches Gemisch aus Verknappung und Inflation. Nach Angaben vom Statistischen Bundesamt für 2010 haben sich die Importgüter von Dezember 2009 bis Dezember 2010 um 12 Prozent verteuert, darunter Rohöl um rund 36 Prozent, Rohgas um 31, Eisenerz um 98, Nickel um 51, Rohkupfer um 41 und Rohaluminium um 24 Prozent. Getreide und Rohkaffee sind ebenfalls sehr viel teurer geworden (57 und 65 Prozent). Die FAZ schrieb: „Vor allem die Rohstoffmärkte haben in den vergangenen Monaten von einer Geldschwemme und der Erwartung steigender Inflationsraten profitiert.“ (FAZ vom 18. Januar 2011). Dieser Anstieg ist schon ziemlich heftig und wird, wenngleich bei der Weiterverarbeitung dieser Rohstoffe gedämpft, letztlich bei den Verbraucherpreisen ankommen. Dem folgen dann gewerkschaftliche Forderungen nach höheren Löhnen und Gehältern. Die Preis-Lohn-Spirale kommt in Schwung. Die deutschen Großhandelspreise sind 2010 um fast 6 Prozent gestiegen.

### **Die Bundesregierung als zusätzlicher Preistreiber**

Mutwillig und von allen guten Geistern verlassen treibt die Bundesregierung die Preise noch zusätzlich in die Höhe, so vor allem Jahr um Jahr den allgemeinen Strompreis, nämlich mit dem Abnahmepreis und dem Zwangsabnahmepreis für Wind- und Solarstrom, sowie mit dem Beimischungszwang von teurem „Bio-Ethanol“ ins Benzin, das als E10-Benzin

in die Tankstellen gedrückt wird. Diese willkürliche Energieverteuerung durch den Staat wird sich in den Güterpreisen für die Verbraucher ebenfalls erhöhend niederschlagen. Und das nur in dem Wahn, man müsse das Klima „schützen“ – und könne das auch.

### **Die Inflationsangst ist kein Hirngespinnst**

Die wohl nicht mehr abwendbare Inflation ist kein Hirngespinnst. Angst vor Inflation, vor Geldentwertung, wird mehr und mehr zu einem öffentlichen Thema. In den Überschriften von Zeitungsberichten ist das Wort Inflation häufig geworden. Die Europäische Zentralbank ist aufgeschreckt und sieht den Inflationsdruck wachsen. EZB-Präsident Trichet hat wiederholt vor einer sich beschleunigenden Inflation gewarnt. Ein Kommentar in der FAZ vom 17. Januar 2011 war überschrieben mit „Die Notenbanken führen Inflation herbei.“ Dabei ist es ihre Pflicht, sie zu verhindern.

### **Die „gefühlte“ Teuerungsrate ist real**

Die offizielle Teuerungsrate für Verbraucher in Deutschland wurde für August 2011 mit 2,4 Prozent ausgewiesen. Das sieht noch nach wenig aus, aber Verbraucher mißtrauen dieser Zahl und nehmen beim Einkaufen einen höheren Preisanstieg wahr. Daß sie damit nicht falsch liegen, zeigte das Schweizer Forschungszentrum für Wirtschaftsstatistik in Fribourg auf. Es berechnete nämlich die „gefühlte“ Teuerungsrate und gewichtet dabei die Waren danach, wie häufig sie gekauft werden. Für Deutschland im Dezember 2010 ist es dabei auf 5,2 Prozent gekommen, also auf 3 Prozentpunkte mehr als die ausgewiesenen 1,7 Prozent des Statistischen Bundesamtes.

### **Inflationieren als die große Versuchung**

Groß ist auch die Versuchung, daß Regierungen in der Inflationierung ihr Heil sehen, weil sie damit die staatliche Verschuldung entwerten und sich diese Last erleichtern können. Amerikanische Ökonomen wie Kenneth Rogoff haben schon in aller Offenheit für eine „kontrollierte“ Inflation von jährlich 4 bis 6 Prozent plädiert, um die Staatsfinanzen zu stabilisieren.<sup>14</sup>

Das allerdings funktioniert nur unter bestimmten Bedingungen. Näheres über die Versuchung zu inflationieren und warum das schiefeht, findet sich bei dem Wirtschaftswissenschaftler Norbert Berthold unter der Überschrift „Vom Regen in die Traufe – Die monetäre Versuchung staatlicher Verschuldung“<sup>15</sup>

### **Inflation zerstört die bürgerliche Gesellschaft**

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler hat im Juni 2009 geschrieben, Inflation sei nichts anderes als Diebstahl.<sup>16</sup> Und weiter: „Die

Geldentwertung, der große Diebstahl, kommt nicht über Nacht gleichzeitig über alle Bürger eines Landes. Ganz im Gegenteil: Einige profitieren, andere wiederum sind die Verlierer. Verlierer sind die Transferbezieher, Beamte, Rentner. Also alle die, deren staatliche Zahlungen durch staatlichen Diebstahl entwertet werden. Gewinner sind die, bei denen das neue Geld zuerst ankommt, also der Staat selbst und diejenigen, die das neue Geld verteilen, die Banken. Verlierer sind die, die sparen und investieren, also die Bürger, und zwar sowohl die Arbeiter als auch die Unternehmer ... Der Staat zerstört so die bürgerliche Gesellschaft. Und nicht ohne Grund haben die Gegner der Marktwirtschaft immer auf Inflation gesetzt, um ihre Ziele durchzusetzen. Lenin wird schon von Walter Eucken mit dem Satz zitiert: „Wer die bürgerliche Gesellschaft zerstören will, muß ihr Geldwesen verwüsten.““

### **Inflation erleichtert dem Staat die Schuldenlast**

In die Inflation flüchten sich Staaten nur allzu gern, denn sie erleichtert ihnen die Schuldenlast. Aber je mehr das Geld entwertet wird, desto schneller werden es die Menschen für ihren Lebensbedarf und für Sachwerte ausgeben. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes nimmt zu, die Inflation geht in den Galopp über, die Preise schießen nach oben. Bald können dann die Notendruckereien mit dem steigenden Geldbedarf nicht mehr mithalten. Dann kommt die Stunde des Währungsschnitts - und eine neue Währung. Das haben Staaten besonders gern, denn dann sind sie den größten Teil der Schuldenlast auf einen Schlag los.

### **Wer das auszubaden hat**

Dreimal dürfen Sie raten, wer das auszubaden hat. Stimmt: wir Bürger. Entweder als Steuerzahler, wenn der Staat die Schulden mit Steuererhöhungen bedienen und tilgen will, oder als Verbraucher und Sparer, wenn wir für unser Geld immer weniger kaufen können. Üblicherweise geschieht das mit uns in allen diesen drei Eigenschaften zusammen. Darauf steuern die Staaten derzeit zu, auch Deutschland mit der Europäischen Union.

### **Warum Staaten die Deflation fürchten**

Warum aber lassen Staatsführungen einer Strukturbereinigung in der Wirtschaftsstruktur ihrer Länder nicht einfach ihren Lauf? Weil sie die Deflation fürchten. Dann nämlich fallen für Waren und Dienstleistungen die Preise, statt zu steigen. Die Kaufkraft des Geldes nimmt zu. Für alle Gläubiger und Normalbürger wäre das gut. Für alle Schuldner wäre das schlecht. Zu ihnen gehören die Unternehmen. Sie haben sich bisher lieber mit billigerem Fremdkapital als mit teurerem Eigenkapital finanziert. Vor allem gehören zu den Schuldnern die Staaten. Diese Schuldner zusammen wären die Verlierer der Deflation. Das wollen sie nicht sein.

## **Umverteilung von oben nach unten**

Leider aber sind der Staat und die gut organisierten Unternehmen als **Schuldner** eine gewaltige Macht, weit mächtiger als die schwer organisiere **Masse der Gläubiger und Bürger**. Daher wird diese in die Inflation getrieben, daher wird die Deflation so verteufelt. Das aber ist eine perfide Umverteilung von oben nach unten, von Mächtigen zu Ohnmächtigen, von „Reich“ zu „Arm“, denn sie bringt die Bevölkerung um ihre Ersparnisse und entwertet ihre laufenden Löhne und Gehälter. Mit Inflation wird die Umverteilung verschleiert, werden alle Unschuldigen bestraft und die Schuldigen, unter ihnen die Staaten, herausgehauen. Warum dem früheren Schuldengeld, für das letztlich die Bürger aufkommen müssen, nun noch mehr Schuldengeld hinterherwerfen, für das die Bürger ebenfalls wieder aufkommen müssen?

## **Perversion verhindern, Deflation zulassen**

Ein Zulassen der Deflation kann diese Perversion verhindern. Dann müßten die Staaten und Notenbanken der Strukturereinigung ihren Lauf lassen. Damit würden sie zunächst auch viele Arbeitslose in Kauf nehmen müssen. Das gilt als politisch zu riskant. Aber das muß es nicht sein. Statt nämlich das viele zusätzliche Schuldengeld strauchelnden Unternehmen und deren mitschuldigen Führungskräften zuzuschieben, wäre es vernünftiger und sozial gerechter, mit ihm den arbeitslos werdenden Menschen zu helfen, die Arbeitslosigkeit zu überbrücken. Und statt Kaufkraft mit umfangreichen, nur produkt- und sektorbezogenen staatlichen Konjunkturpaketen zu schaffen, wäre es vernünftiger und sozial gerechter, die Kaufkraft mit einer breiten und nachhaltigen Steuersenkung zu schaffen und so eine sehr breit gestreute Nachfrage anzuregen.

## **Nicht die Schuldner retten, sondern ihre Opfer**

Wenn sich der Staat zur Krisenbekämpfung ohnehin noch stärker verschulden will, dann lieber auf diese Weise, also das Geld in die Hand aller Bürger legen. Die Bürger sind an der Krise unschuldig, aber ihre Opfer. Die Schuldigen an der Krise sind – teils mehr, teils minder – alle Schuldner. Nicht die Schuldner müssen gerettet werden, sondern ihre Opfer. Politisch ließe sich das durchaus „verkaufen“. Komplizierter ist es im Fall gestrauchelter großer Banken. Aber auch hier muß der Grundsatz lauten: Das Ziel des staatlichen Rettungswerks sind die privaten Kunden der Banken.

## **Fehlentwicklungen in der westlichen Welt**

Von der Krise hauptsächlich getroffen sind die Länder der sogenannten westlichen Welt, an der Spitze die Vereinigten Staaten, die Länder der

Europäischen Union, auch Japan. Was sie noch immer Marktwirtschaft nennen, haben sie mehr und mehr verlassen, untergraben und verraten. Wo sie noch immer von Demokratie sprechen, reißt die Exekutive immer mehr Macht an sich, werden die Parlamente zu Akklamateuren erniedrigt. Wo zur Gewaltenteilung eine unabhängige Justiz gehören soll, findet politisch beeinträchtigte Rechtsprechung statt, wird Rechtsstaatlichkeit ausgehöhlt. Wo mit Gesetzen vorgeblich (und vergeblich) der Terrorismus bekämpft wird, gehen immer mehr Freiheitsrechte baden, und der liberale Rechtsstaat gleitet hinüber in einen Überwachungsstaat mit gespenstischen Aussichten. Wo Politiker vorwiegend starke Lobby-Gruppen zu Lasten aller anderen bedienen und sich anmaßen, die Bürger mit vermeintlichen Wohltaten zu ihrem Glück zu zwingen, wird das Gesetzgestrüpp immer dichter, die Steuerbelastung immer höher und der Anreiz zur Leistung, Selbsthilfe und Selbstverantwortung systematisch abgewürgt.

### **Grundsätze mißachtet, Ordnungsregeln verletzt**

Immer mehr läuft aus dem Ruder, zusehends wird das Bildungswesen ruiniert, Familien der einstige staatliche Schutz entzogen. Immer mehr althergebrachte und bewährte Werte werden unterminiert und schwinden dahin, moralischer Verfall macht sich breit und über die „Interdependenz der Ordnungen“ (Walter Eucken) auch im Finanzgebaren von politischen Führungen, Staaten und privaten Marktakteuren. Zu vieles ist aus dem nötigen Ordnungsrahmen herausgerutscht, wurde von den Akteuren in Politik und Wirtschaft auch herausgetrieben. Wichtige Grundsätze sind mißachtet, wichtige Ordnungsregeln verletzt. Walter Euckens sieben „konstituierende Prinzipien“ einer marktwirtschaftlichen Ordnung, darunter das Haftungsprinzip, verwässert oder ganz außer Kraft gesetzt worden. Die anderen sechs Prinzipien verlangen Währungsstabilität, ein funktionsfähiges Preissystem, Privateigentum, Vertragsfreiheit, offene Märkte und Beständigkeit der Wirtschaftspolitik.

### **Die Finanzkrise ist eine Krise des westlichen Geldsystems**

Alles dies und anderes mehr verdichtet sich im Zusammenwirken zu einer Krise. Es ist eine Krise „des Westens“, der westlichen Welt, nicht nur einiger Länder allein. Und die „Finanzkrise“ ist eine Krise des bestehenden Geldsystems. Jedenfalls ist sie das aus der (plausiblen) Sicht der Österreichischen Schule der Nationalökonomie. Für diese Denkweise liegt die Ursache im staatlichen Geldangebotsmonopol und in der überdrehten Ausweitung der ungedeckten Geldmenge. In diesem System wird Geld durch Kreditvergabe geschaffen (Buchgeld) und auf diese Weise die Geldmenge ausgeweitet, ohne daß entsprechende Ersparnisse dahinterstehen. Da das heutige Geld durch ein knappes Sachgut wie Gold schon lange



nicht (mehr) gedeckt ist, läßt es sich – unabhängig von der Gütermenge – beliebig vermehren, ermöglicht es Geldschöpfung aus dem Nichts. Die Folge: Die Geldmenge wächst stärker als die Gütermenge wachsen kann. Das Aufblähen der Geldmenge heißt Inflation. Sie erleichtert es dem Staat, sich zu entschulden, und ist damit zugleich eine schleichende Enteignung der Sparer.

### **3. Historische Ursprünge**

Wer verstehen will, warum es zu so einer Krise gekommen ist, ja, kommen mußte, wer also die Ursache erkennen will, und wer beurteilen will, ob die politischen Akteure mit richtigen oder falschen Maßnahmen gegen die Krise vorgehen, der muß auch ihre historischen Ursprünge kennen.

#### **Das Peelsche Bankgesetz von 1844**

Für den spanischen Wirtschaftswissenschaftler Jesús Huerta de Soto<sup>17</sup> verdichten sie sich in einem Ereignis vom 19. Juli 1844 in Großbritannien. Der damalige britische Premier Robert Peel hat an diesem Tag sein Bankengesetz durchs Parlament gebracht. Es richtete sich gegen Banken mit ihrer künstlichen Geldmengenausweitung durch Kredite, die nicht mehr durch die tatsächlichen Ersparnisse der Bürger gedeckt waren. In den Wirtschaftskreislauf gelangten die Kredite vor allem durch gedruckte Banknoten (Papiergeld) oder durch Buchgeld (Giralgeld). Roland Baader hat für das Buchgeld den Begriff „Scheingeld“ geprägt. Das in beiden Formen der Wirtschaft und den Bürgern verfügbar gemachte Geld überstieg die in den Banktresoren gehaltene Goldmenge bei weitem.

#### **Absicht gut, Ausführung fehlerhaft**

Aber damalige Finanztheoretiker hatten erkannt, daß diese nicht mehr voll gedeckte Geldmengenausweitung die Wirtschaftsaktivität hochputschte (Boom) und daß darauf stets (durch Preisblasenbildung und Fehlinvestitionen) eine Finanzkrise mit wirtschaftlichem Einbruch (Bust) folgte. Um das zu verhindern, schrieb nun das Peelsche Bankgesetz den britischen Banken vor, die von ihnen ausgegebenen Banknoten - damals gab es noch kein staatliches Geldmonopol und keine Zentralbank – zu 100 Prozent mit Gold zu decken, um der Kreditvergabe Grenzen zu setzen. Die Absicht war gut, aber die Ausführung fehlerhaft, denn die Volldeckung bezog sich nur auf die Banknoten, nicht aber auf das Buchgeld. Das Bankengesetz versagte, denn das fatale Versäumnis wurde nicht behoben, es prägt und erklärt, wie de Soto schreibt, die fehlerhafte Ordnung des Geld- und Finanzsystems der sogenannten freien Marktwirtschaften bis in die heutige Gegenwart.

## **Entstehen von Zentralbanken**

Da sich Boom und Bust also zwangsläufig fortsetzten und vom Zusammenbruch bedrohte Banken gerettet werden sollten, kam es nun zur Gründung von Zentralbanken, die seitdem als „Kreditgeber der letzten Instanz“ politisch mißbraucht werden. Die Geldmenge knapp zu halten und sie mit knappem Gold zu decken, unterfiel (und unterfällt bis heute) allgemeinem Verdikt, und das Scheingeldsystem trat einen globalen Siegeszug an. Die Feststellung de Sotos lautet: „Jedenfalls sollte ganz klar sein, daß das weltweite Geld- und Finanzsystem spätestens seit dem Peelschen Gesetz von 1844 chronisch an einer falschen institutionellen Ordnung leidet. Das Geld- und Banksystem hat mit einer freien Marktwirtschaft nichts zu tun, im Gegenteil: Privates Geld wurde verstaatlicht, gesetzliche Zahlungsmittel wurden vorgeschrieben, ein riesiges Durcheinander der staatlichen Regulierung und Überwachung wurde verfügt, die Zinssätze manipuliert, und alles dies wird durch eine Agentur monetärer Planwirtschaft dirigiert: die Zentralbank.“<sup>18</sup>

## **Vier andere wichtige historische Ereignisse**

Vier andere wichtige historische Ereignisse sind als Mitverursacher und Verstärker der regelmäßigen Finanzkrisen ebenfalls auszumachen. *Erstens*: 1913 entsteht das amerikanische Zentralbanksystem. *Zweitens*: 1944 wird im amerikanischen Bretton Woods der Weltwährungsfonds gegründet und ein neuer Goldstandard beschlossen. *Drittens*: 1971 geben die USA ihre Verpflichtung, Dollar in Gold einzulösen, auf. *Viertens*: 2006 veröffentlichen die USA ihre Geldmenge M3 nicht mehr.

## **Amerikas Zentralbank gehört privaten Banken**

Amerikas Zentralbank „Fed“ ist, anders als die Deutsche Bundesbank oder die Europäische Zentralbank EZB, keine staatliche Zentralbank, sondern ein privates Zentralbanksystem. Es besteht aus dem *Board of Governors* und aus (heute) zwölf regionalen privaten Banken, die sich *Federal Reserve Bank* nennen dürfen. Wenn für dieses System umgangssprachlich das Kürzel „Fed“ benutzt wird, dann ist damit der *Board of Governors of the Federal-Reserve-System* gemeint.

## **Das Fed-System ein staatlich gestütztes Kartell**

Gegründet wurde das Federal-Reserve-System am 22./23. Dezember 1913 von drei privaten amerikanischen Banken unter der Führung der beiden mächtigen Finanzgruppen Rothschild und Rockefeller. Dieses System ist ein privates, vom Staat geduldetes/gestütztes Kartell und hat das Recht, eigenes Geld herauszugeben. Dieses Geld wurde gesetzliches Zahlungsmittel, für das anfangs noch die amerikanische Bundesregierung

garantierte. Jahre später stellte der amerikanische Politiker und einstige republikanische Senator Henry Cabot Lodge sen. unumwunden fest, dieser Schritt von 1913 habe es den Bankiers ermöglicht, „den Goldwert in nicht einlösbarem Papiergeld zu ertränken“ (Kongreß-Protokoll vom 10. Juni 1932).

### **Amerikas Goldschatz höher als der aller anderen Länder zusammen**

Während des Zweiten Weltkrieges ließen sich die Vereinigten Staaten die Lieferung ihrer Rüstungsgüter von den kriegführenden Nationen in Gold bezahlen. Als Deutschland besiegt war, mußte es sein Gold als Kriegsbeute abgeben. Allein die USA verfügten damals über mehr als 20.000 Tonnen Gold. Das war mehr, als alle anderen Staaten zusammen besaßen. Es diente damals für die Dollar-Geldmenge als Deckung. Bereits nach dem Ersten Weltkrieg hatte die Fed die Goldreserven anderer Länder zusammengekauft. Daher konnten viele dieser Länder ihren Goldstandard ihrer Währung nicht mehr halten, so daß diese Währungen in der ersten Weltwirtschaftskrise zusammenbrachen.<sup>19)</sup>

### **Bretton Woods und der neue Goldstandard**

1944, als der Zweite Weltkrieg noch nicht zu Ende war, wurde im amerikanischen Luftkurort *Bretton Woods* beschlossen, einen Internationalen Währungsfonds einzurichten und einen neuen Gold-Dollar-Standard einzuführen. Artikel IV des Abkommens bestimmte, den Wechselkurs der Währung eines jeden Mitgliedslandes nach dem Stand vom 1. Juni 1944 im Gewicht und Reinheitsgrad von Gold oder in Dollar auszudrücken.

### **Feste Dollar-Bindung an das Gold – für 35 Dollar eine Unze**

Schon 1934 hatten die USA mit dem *Gold Reserve Act* den Goldpreis fixiert. Fed und Schatzministerium (*Treasury*) wurden verpflichtet, für eine Feinunze Gold 35 Dollar zu zahlen. Dieser Preis wurde 1944 in das Abkommen von Bretton Woods übernommen. Da alle beteiligten Währungen starr an den Dollar gekoppelt waren, der Dollar aber fest an den Goldpreis gebunden war, konnte gleichzeitig auch der Wert jeder beliebigen Währung in Gold angegeben werden. Das galt auch für die 1948 eingeführte D-Mark. Die Zentralbanken anderer Länder konnten also für Dollar, die sie der Fed präsentierten, zum Festpreis von 35 Dollar je Feinunze Gold bekommen. Diese Einlöseverpflichtung brachte für die absolute Vormachtstellung des Dollars die offizielle Anerkennung. Allerdings galt die Verpflichtung nicht gegenüber amerikanischen Bürgern. Ihnen war der Besitz von Barren und Goldmünzen verboten - nicht anders als den Untertanen der Sowjetunion unter Stalin.

## **Der Dollar als Zahlungsmittel im Welthandel**

Weil mit der Einlöseverpflichtung der Dollar so gut wie Gold war, hielten die außeramerikanischen Zentralbanken einen größeren Teil ihrer Dollar-Devisen als Reservewährung. Daher konnte die Fed die Dollar-Geldmenge über ihren Goldbestand hinaus erhöhen, ohne eine vollständige Einlösung der Dollar in Gold befürchten zu müssen. Die Einlöseverpflichtung war auch der Grund dafür, warum der internationale Handel mehr und mehr in Dollar abgewickelt wurde und der Dollar daher zur Hauptwährungsreserve der anderen Zentralbanken wurde. Damit trat der Dollar seine Herrschaft über die anderen Länder an. Es brachte die offizielle Anerkennung der absoluten Vormachtstellung des in Gold einlösbaren Dollars.

## **1971 von den USA gegen Dollar kein Gold mehr**

Aber am 15. August 1971 gab der amerikanische Präsident Richard Nixon das Ende der Einlöseverpflichtung und der Haftung des amerikanischen Staates für den Dollar im *außeramerikanischen* Geldumlauf bekannt und damit das Ende des Gold-Dollar-Standards. Es war das Ende der amerikanischen Währungsdisziplin, außerdem ein Betrug an allen Dollar-Besitzern und eine Bankrotterklärung zugleich. Seitdem sind der Dollar und seine Banknoten weder durch Gold noch durch Staatshaftung gedeckt. Seitdem ist der Dollar eine freie private Währung der Fed. Schon 1960 beliefen sich die kurzfristigen Auslandsverbindlichkeiten der USA auf 18,7 Milliarden Dollar, und die Goldbestände hatten nur noch einen Wert von 17,8 Milliarden. 1971 waren die 55,4 Milliarden Dollar Auslandsforderungen nur noch durch einen Goldvorrat im Wert von 10,2 Milliarden gedeckt. Die Golddeckung des *inneramerikanischen* Geldumlaufs war schon am 23. Februar 1968 abgeschafft worden. Beides degradierte den Dollar zu einer reinen Papierwährung.

## **Die Dollar-Stützung durch das Erdöl**

Hinzu kommt, daß es die Vereinigten Staaten verstanden haben, Erdöl als den global wichtigsten Energierohstoff in Dollar notieren und fakturieren zu lassen. Wer Öl kauft, muß es in Dollar bezahlen, muß sich also Dollar beschaffen. Auf diese Weise nutzten die USA die globale Nachfrage nach Öl, um ihren Dollar zu stützen. Damit bekam der Dollar die Rolle einer erdumspannenden Reservewährung.

## **Was den Wert des Dollars ausmacht**

Die amerikanische Entscheidung von 1971, die Gold-Einlöseverpflichtung für den Dollar aufzugeben, zeigt: Man war sich bewußt, daß die Dollar-Geldmenge schon so stark ausgeweitet worden war, daß man sie in

Gold gar nicht mehr einlösen konnte, schon gar nicht zu einem Festpreis von 35 Dollar je Unze. Seitdem ist der Dollar durch nichts mehr gedeckt. Er wie auch die übrigen Währungen leben allein vom Vertrauen in den Staat und seine Zentralbank, die so ein Geld herausgibt. Seit 1971 ist der Dollar nur das wert, was Menschen in aller Herren Länder der Erde bereit sind, an Waren und Dienstleistungen gegen Dollar zu verkaufen, und was sie selbst an Waren und Dienstleistungen für Dollar kaufen können. Allein diese Bereitschaft zum Verkauf gegen Dollar und die Möglichkeit zum Kauf für Dollar gibt dem Dollar einen Wert. Daraus bezieht der Dollar das Vertrauen in ihn. Sinkt das Vertrauen und beginnen die Menschen und andere Staaten, sich vom Dollar zu lösen, geht der Wechselkurs für den Dollar nach unten. Ist das Vertrauen ganz verloren, geht der Dollar baden. Wer im Ausland dann noch Dollar besitzt, ist arm dran.

### **Alle in einem Boot – bei Ausstieg Lebensgefahr**

Findet dieser völlige Vertrauensverlust tatsächlich statt, kommt es, weil die Dollar-Guthaben außerhalb der USA gewaltig sind, zu ungeheuren Verlusten und Zusammenbrüchen und damit zur wirklich großen Weltfinanzkrise. Daher hüten sich die Zentralbanken anderer Länder, ihre angehäuften Dollar-Reserven (zu schnell) zu verkaufen, auch wenn sie es liebend gern täten (wie zum Beispiel die in China, Rußland, Arabien, EU). Wer sägt schon gern den Ast ab, auf dem er sitzt. Die Staaten und ihre Zentralbanken stecken mit ihren Dollar-Reserven in der Falle, in der Dollar-Falle. Sich vom Dollar zu trennen, ist ein selbstmörderisches Wagnis. Alle sitzen in einem Boot, hineinkomplimentiert und hineingezwungen von den USA, kein Land kann aus dem Boot jetzt mehr aussteigen. Das Boot ist auf stürmischer See, bei Ausstieg besteht Lebensgefahr.

### **Flucht aus dem Dollar in Sachwerte**

Aber alle großen *privaten* Dollar-Besitzer versuchen, ihre Dollar in Sachwerte anzulegen, zum Beispiel durch den Kauf von Unternehmen, Grundstücken, Agrarland, Forsten, Erzgruben, Rohstoffen und Edelmetallen. Dann sind sie die Dollars wenigstens los und haben statt dessen Sachvermögen mit Gebrauchs- und Nutzwert in Händen. So verfährt als Staat auch China mit seinen riesigern Dollar-Beständen. Verliert eine Währung das Vertrauen, löst das üblicherweise Flucht in Sachwerte aus.

### **Die Geldmaschine in Aktion**

Wenn Geld durch nichts mehr gedeckt ist, hängt der Wert des Geldes allein davon ab, wie knapp die Geldmenge gehalten wird. Steigt die Geldmenge stärker als die Wirtschaft wächst, dann sind wirtschaftliche

Güter (Produkte und Dienstleistungen) knapper als Geld. Dann kann man mit dem Geld mehr kaufen, als an Gütern verfügbar ist. Dann pflegen die Preise der Güter, wenn die Märkte frei sind, zu steigen. Das Geld verliert damit an Wert. Das Aufblähen der Geldmenge mit der Geldentwertung als Folge nennt man Inflation. Steigt die Geldmenge stärker als die Gütermenge, ist Inflation die zwangsläufige Folge. „Während sich in den letzten 30 Jahren die Gütermenge der Welt nur vervierfachte, hat sich die Geldmenge vervierzigfacht.“<sup>20</sup>

### **Geldmenge M3 seit 2006 als geheime Verschlusssache**

Gerade die amerikanische Fed hat das In- und Ausland in den zurückliegenden Jahrzehnten mit Dollar geradezu überschwemmt – in Form von Banknoten und vor allem in Form von Buchgeld. Die Menge dieses Geldes stieg derart stark, daß die Fed am 10. November 2005 in einer kurzen Pressemitteilung bekanntgab, daß sie die amerikanische Geldmenge M3 vom 23. März 2006 an unter Verschuß hält. Publiziert worden war sie seit 1959. Im Oktober 2005 hatte sie erstmals den Wert von 10 Billionen Dollar überschritten. Weitere Erhöhungen sollten also geheim bleiben. Damit fehlt es seit März 2006 auch an dem Notbehelf, die Inflation abzuschätzen, die von einer zu hohen Geldmenge ausgeht. Bis dahin hatte man das nach der Daumenregel „M3-Wachstum in Prozent = Inflationsrate“ tun können.

### **Ein Verschweigen ohne Begründung**

Eine Begründung für das Verschweigen der Geldmenge gab die Fed nicht. Ein Finanzmarktbeobachter kommentierte damals, die Geschichtelehre, daß nur scheiternde Ökonomien ihre Daten nicht veröffentlichten. Er verwies als Beispiel auf die einstige Sowjetunion. Ein anderer meinte, die Fed sehe den kommenden Zusammenbruch des Immobilienmarktes voraus und wolle diesen dann mit der bewährten Methode „alle Geldhähne auf“ bekämpfen. 2008 hat es diesen Zusammenbruch in der Tat gegeben, und die Geldhähne wurden aufgedreht. Für die Kommentatoren war klar: Die Fed wollte die kommende neuerliche Entwertungsrunde des Dollars vor der Öffentlichkeit verschleiern.

### **Die Dollar-Hegemonie als Einladung zum Mißbrauch**

Eine Währung, die durch nichts mehr gedeckt ist, lädt zum politischen Mißbrauch geradezu ein. Diejenigen, die ihre Währung am stärksten mißbrauchen, sind die USA. Sie können es schon deswegen, weil sie Weltmacht sind. Mißbraucht haben sie das Abkommen von Bretton Woods, um ihre globale politische und wirtschaftliche Hegemonie zu finanzieren. Daher hat die Fed die Dollar-Geldmenge ungehemmt ausgeweitet.

## **Die amerikanische Geldmaschine in Aktion**

Mit dem Dollar als global durchgesetztes Zahlungsmittel und als Währungsreserve vermochten die USA seit 1971, Kriege, wirtschaftliche Eroberungen in der Welt und ihre Importe nahezu unbeschränkt zu finanzieren. Um die Kosten dafür zu bestreiten, mußten sie nur über Dollar-Kredite Geldschöpfung aus dem Nichts betreiben, denn jeder nahm die so von den USA selbst produzierten Dollar überall in Zahlung. Die USA haben es in der Hand, das Geld, das sie für den Kauf von Waren und Dienstleistungen an sich nicht (mehr) haben, aber benötigen, selbst zu schaffen. Damit können sie sich ein ständiges Defizit in ihrer Außenbilanz erlauben, denn nur sie selbst verfügen über die große Geldmaschine. Währungsdisziplin mögen die anderen üben, sie selbst glauben, das nicht nötig zu haben, und wollen die Spielregeln allein bestimmen. Besonders ungeniert damit umgegangen sind die USA von 2001 an unter der Regierung ihres Präsidenten George W. Bush. Aber auch unter seinem Vorgänger Bill Clinton war der Geldhahn schon stärker aufgedreht worden.

## **Erdölverkauf nur gegen Dollar**

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges ist es der Weltmacht USA gelungen, auf dem Weltmarkt den Dollar als allgemeine Handelswährung durchzusetzen. Nahezu alles hat Dollar-Preise und wird in Dollar bezahlt, gerade auch das Erdöl als wichtigster Energierohstoff. Lieferländer, die es wagen, ihr Öl in anderer Währung (Euro) bezahlen zu lassen, werden massiv bestraft. Als der Irak unter Saddam Hussein das irakische Öl nicht mehr gegen Dollar verkaufen wollte, war das für die USA der (allerdings ungenannte) Grund, in den Irak einzumarschieren und Saddam zu vernichten. Begründet und gerechtfertigt wurde der Krieg, durchaus verständlich, mit Saddams in der Tat schlimmem Terror-Regime und Morden. Aber dergleichen gab und gibt es auch woanders, zum Beispiel Völkermord in Afrika, ohne daß die USA auch dort militärisch eingriffen.

## **Als der Iran nicht mehr in Dollar fakturieren wollte**

Seit der Iran ankündigte (2006), sein Öl ebenfalls nicht mehr gegen Dollar verkaufen zu wollen, steht das Land unter amerikanischer Bedrohung mit Krieg, offiziell aber nur wegen seiner Urananreicherung und des Verdachts, dann Kernkraftwaffen herstellen zu wollen. Als Pakistan sich anschickte, eigene Kernkraftwaffen anzuschaffen, geriet es unter eine vergleichbare amerikanische Bedrohung nicht, auch nicht, seitdem es diese Waffen besitzt. Die Abkehr von der Dollar-Fakturierung beim Erdölverkauf empfinden die USA als Angriff auf den Dollar als ihre zweite Machtsäule.

## **Auch fünf arabische Golfstaaten wollen weg vom Dollar für ihr Öl**

Vorsichtiger gingen daher fünf arabische Golfstaaten des 1981 gegründeten Golfkooperationsrates (GCC) zu Werke. Sie wollten zunächst eine gemeinsame Währung samt gemeinsamer Zentralbank einführen. Sie war für den Jahresbeginn 2010 vorgesehen und soll „die zunehmend geforderte Lösung vom Dollar erleichtern“.<sup>21</sup> Für die Übergangszeit sollen die bisher einzelnen Währungen an einen Währungskorb gekoppelt sein – mit 45 Prozent Dollar, 30 Prozent Euro, 20 Prozent Yen und 5 Prozent britischem Pfund. Die Vorstellung ist, daß diese neue Währung namens Chalidschi, gestützt auf die Ölvorkommen in den Mitgliedsstaaten, eine wichtige Weltreservewährung wird.

## **Der Schutzgeld-Charakter der Dollar-Fakturierung**

Von einer Abkehr des Ölverkaufs gegen Dollar ist dabei nicht die Rede. Die wäre ein derart starkes Mißtrauensvotum gegen den Dollar, daß es wohl einen Dollarsturz auslösen würde. Damit schnitten sich die Golfstaaten ins eigene Fleisch, denn ihre Auslandsanlagen notieren meist in Dollar. Auch wollen sie auf den Schutz der USA gegen den Iran nicht verzichten. Sie erkaufen sich diesen Schutz, indem sie es hinnehmen, mit dem Dollar ein Verlustgeschäft zu machen. Deshalb ist damit zu rechnen, daß es in absehbarer Zeit bei der Dollar-Fakturierung bleibt. Man könnte auch sagen, daß die USA dieses Schutzgeld als eine Art Tributpflicht betrachten. Das Halten von Dollar als Währungsreserve kommt ebenfalls einem Tribut gleich – wie einst in der Antike das alte Rom seinen Satellitenstaaten Tributzahlungen abgezwungen hat. Damals mußten die Satelliten offen Tribut an Rom zahlen. In der Dollar-Hegemonie der USA zahlen die amerikanischen Satelliten Tribut an Washington in verkappter Form. Aber mit der Zeit dürfte sich der Chalidschi die Loslösung vom Dollar wohl erlauben können. Wer unter den Zentralbanken kann, schichtet seine Dollar-Währungsreserven zugunsten des Euro, des Yen oder Renmimbi allmählich um, und ein kundiger Beobachter meinte: „Die Abhängigkeit der Golf-Araber von den Amerikanern nimmt ab. Die Beziehungen zu Asien werden immer enger und eines raschen Tages wichtiger sein als die zu Washington. Und China wird seine Interessen dann ebenso gnadenlos durchsetzen, wie es heute die Vereinigten Staaten tun.“

## **Schutzversuche in China**

China rüstet sich ohnehin schon gegen die vom Dollar drohende Gefahr. In einem Beitrag vom 31. Dezember 2008 schrieb der Schriftsteller und Journalist F. William Engdahl von defensiven Maßnahmen, die China zum ersten Mal ohne Rücksicht auf den in Dollar abgewickelten Handel in dieser Weltregion getroffen habe. Sie seien für die langfristige Perspek-



tive des Dollars als Weltreservewährung außerordentlich bedeutsam und in dieser Rolle für den weiteren wirtschaftlichen und politischen Einfluß der USA von allergrößter Wichtigkeit. Auch habe Chinas staatlich kontrollierter Investmentfonds *Sovereign Wealth Fund*, der über ein Vermögen von rund 200 Milliarden Dollar verfüge, angekündigt, von sofort an keine Investitionen mehr zu tätigen, um amerikanische oder andere westliche Finanzinstitute zu retten.

### **In der Spätphase der Dollar-Hegemonie**

Ein fachkundiger Beobachter schrieb: „Was wir in diesen Jahren erleben, ist die Spätphase des Dollar-Imperialismus und der Übergang zu einem multipolaren Währungssystem. Seit 1950 ist der Anteil der amerikanischen Industrieproduktion an der Weltproduktion von 60 auf 25 Prozent zurückgegangen. Die Wirtschaftskraft Europas, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, liegt weit über der amerikanischen. China wird die USA wahrscheinlich noch vor Mitte des 21. Jahrhunderts einholen. Lateinamerika entzieht sich mehr und mehr der amerikanischen Kontrolle. Die USA haben, ähnlich wie die Sowjetunion, ihre volkswirtschaftlichen Kräfte im Dienste ihres Militärapparates überdehnt und werden dem Zyklus von Aufstieg und Niedergang – wie das antike Rom – nicht entgehen. Auch Währungen kommen und gehen. Der Dollar wird seine Funktion als Leitwährung nach und nach verlieren. Es wird ein langwieriger Prozeß sein, der sich manchmal beschleunigt, manchmal angehalten werden kann. Noch wird die US-Währung gestützt durch Kanonenboote, durch das teuerste Spionagesystem der Welt, durch die politische und militärische Kontrolle der Gegenküsten Amerikas und durch ein globales Netz, dessen Fäden in New York, der Finanzhauptstadt der Welt, zusammenlaufen.“

### **Staatsversagen, nicht Marktversagen**

Da also die eigentliche Ursache der Krise darin liegt, daß in den vergangenen Jahrzehnten die Geldmengen durch Kredite (Buchgeld) und Notendruck (Bargeld) wegen zu niedriger Leitzinsen – vor allem in den Vereinigten Staaten – so unglaublich ausgeweitet wurden und jetzt zur Brandbekämpfung noch mehr Geld in den Umlauf gedrückt wird, wirkt das wie Öl ins Feuer gießen. Das kann nicht gutgehen und nur in einem großen Zusammenbruch enden. Anzulasten ist die Krise der verfehlten Geldpolitik und der dadurch ermöglichten Überschuldung, also einem Staats- und Notenbankversagen, nicht Marktversagen. Das Staatsversagen setzt sich fort, weil die staatlichen Rettungsmaßnahmen zusammen mit den Notenbanken darauf ausgerichtet sind, als gelte es, nur eine Liquiditätskrise, also nur einen augenblicklichen Engpaß an flüssigen Geldmitteln zu überwinden. Negiert wird, daß es sich um eine Geldsystemkrise handelt.

## **Beliebige Geldvermehrung entfaltet zerstörerische Kraft**

Das heutige staatliche Monopolgeld ist keinem Wettbewerb um die Qualität ausgesetzt. Beliebige vermehrbares Geld durch ein Staatsmonopol verliert an Wert, ist daher schlechtes Geld, nur knappes Geld kann gutes Geld sein. Die beliebige Vermehrbarkeit führt notwendigerweise, wie Ludwig von Mises und nachfolgend auch Friedrich August von Hayek in ihrer monetären Konjunkturtheorie gezeigt haben, zu Fehlallokationen der wirtschaftlichen Ressourcen, zu Zyklen von Konjunkturüberhitzung und Konjunkturerinbrüchen, vor allem aber zur Überschuldung. Eine Geldordnung mit staatlichem Monopolgeld entfaltet auf schleichende Weise eine zerstörerische Kraft. Mises (1881–1973) hat den Zusammenbruch eines solchen Geldsystems als unabwendbar dargelegt.<sup>22</sup>

## **Niedrigzinspolitik der Zentralbanken initiiert Preisblasen**

Hinzu kommt, daß der Staat mit seiner Zentralbank auch den Zins monopolisiert, ihn manipuliert und damit einen freien (den „natürlichen“) Marktzins aushebelt. Mit ihrem Leitzinssatz, den sie fast schon auf Null gesenkt haben, betreiben die Notenbanken, angeführt von der amerikanischen Fed, eine Politik des billigen Geldes. Damit erleichtern sie ihren hochverschuldeten Staaten den Zinsendienst, begünstigen einen verantwortungslosen Umgang mit Geld und besonders die verantwortungslose Aufnahme immer neuer Schulden. Eine solche Zinspolitik verzerrt auch die Preisbildung an den Gütermärkten und bringt die marktwirtschaftlichen Lenkungskräfte durcheinander. Mit solchen künstlich billigen Krediten werden Investitionen getätigt, die sonst vielleicht unterblieben wären, werden Güterpreise hochgetrieben und Preisblasen initiiert. Setzt die Zentralbank den Leitzins herauf, kann das den Schuldner in Zahlungsnot und die Blase zum Platzen bringen. Statt also die wirtschaftliche Entwicklung zu verstetigen, tragen staatlich manipulierte Zinssätze ein unstetes Element zusätzlich in die Märkte hinein.

## **Niedrigzinspolitik als Krisenauslöser**

Durch Niedrigzinspolitik werden Krisen auch ausgelöst. Diese Ansicht vertritt der Wirtschaftswissenschaftler Stefan Homburg, Professor für Öffentliche Finanzen an der Universität Hannover.<sup>23</sup> Danach verführt diese Politik dazu, langfristige Projekte fortlaufend mit kurzfristigen Krediten zu finanzieren, weil die billiger sind als langfristige (Revolving-System). Kippt die Zinsstruktur, ausgelöst durch Zentralbanken, um, so daß die kurzfristigen Zinssätze über den langfristigen liegen (inverse Zinsstruktur), geraten die Schuldner in die Klemme. Ihre Kredite sind jetzt teurer als kalkuliert. Fehlt es ihnen an Geld, um sie zu bedienen, stecken sie in der Liquiditätsfalle. Konkurse sind die Folge. Nach Homburgs Feststellung

folgte der Niedrigzinspolitik stets eine scharfe monetäre Restriktion. Inverse Zinsstrukturen hätten in der Vergangenheit regelmäßig Rezessionen ausgelöst und seien meist von Finanzmarkturbulenzen begleitet worden.

### **Das Beispiel Vereinigte Staaten**

Beispielhaft zeigen läßt sich diese Ursachenerklärung, so Homburg, daran, wie die kurz- und langfristigen Zinssätze seit 1999 in den USA verlaufen sind. Von 1999 an hatte dort die Federal Reserve Bank ihren geldpolitischen Kurs verschärft. Das führte im Herbst 2000 zu einer inversen Zinsstruktur. Diese brachte im März 2000 die Dotcom- oder IT-Spekulationsblase zum Platzen und löste eine Rezession aus. Eine extreme Niedrigzinspolitik betrieb die Fed von 2002 bis 2004; die kurzfristigen Zinssätze unterschritten die langfristigen erheblich. Amerikanische Banken vergaben langfristige Kredite, die sie kurzfristig und variabel verzinslich finanzierten. Es kam zu den Hypotheken vom Ninja-Typ (no income, no job or assets bei den Schuldern). Extreme Fristentransformation durch wenig regulierte Banken und Zweckgesellschaften mit nur wenig Eigenkapital wurden zum Geschäftsmodell. Als dann die Fed im Herbst 2006 die Federal Fund Rate stark heraufsetzte, führte das wiederum zur inversen Zinsstruktur. Zahlungsausfälle bei den Schuldnern der Ninja-Hypotheken waren die Folge, jene Geschäftsmodelle brachen zusammen, und das Platzen dieser Schuldenblase weitete sich aus zum gegenwärtigen globalen Desaster.

### **Das Beispiel Deutschland**

Auch am Beispiel Deutschland zeigt Homburg, daß die inversen Zinsstrukturen der Jahre 1973–1974, 1979–1982, 1991–1995 und 2001 den Rezessionen 1975, 1981, 1993 und 2005 vorangegangen sind. Nur bei der inversen Zinsstruktur vom Oktober 1989 sei das wegen des Falls der Mauer anders gewesen. Zur Bekräftigung verweist Homburg auf den amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman. Dessen These, Abschwünge würden regelmäßig durch eine restriktive Geldpolitik ausgelöst, decke sich exakt mit seinem eigenen Befund.

### **Die Kehrseite der niedrigen Leitzinsen**

Abgesehen von diesen Folgen (Preisblasen, Rezession, Krisen) hat die Politik des billigen Geldes eine stets verdrängte Kehrseite. Wohl freut sich, wer investieren will und dafür einen Kredit braucht, wenn der Zinssatz dafür niedrig, das geborgte Geld also billig ist. Die Schuldner also haben es gut. Aber was ist mit den privaten Gläubigern? Gläubiger sind besonders alle Sparer. Sie geben ihr verdientes Geld nicht voll aus, sondern haben das, was sie gespart haben, in der Regel verliehen, also zum Beispiel als

Guthaben auf Bankkonten gelegt oder Anleihen dafür gekauft. Für diesen Konsumverzicht erwarten sie als Gegenleistung Zinserträge. Zumal für Ruheständler sind Zinserträge aus dem Gesparten als zusätzliche Einkünfte zur Rente oder Pension vorgesehen und meist auch notwendig, um im Alter den erarbeiteten und gewohnten Lebensstandard zu sichern. Sparer und Rentner also freuen sich über niedrige Zinsen überhaupt nicht. Sie erhalten nicht nur zu niedrige Ertragszinsen, die kaum oder nur wenig die Inflationsrate überschreiten, sondern müssen zusätzlich erdulden, daß die Inflation den Bestand ihrer Ersparnisse laufend entwertet und damit schleichend aufzehrt.

### **Niedrigzinsen verleiten zu Leichtsin**

Aber kümmert diese Wirkung ihrer Zinspolitik die Zentralbanken überhaupt? Nein, sie verweisen nur auf ihre Aufgabe, die Inflation zu zügeln. Doch was haben Sparer von einer Inflationsrate von 2 Prozent, wenn die Nominalzinsen bei nur 3 Prozent liegen, die auch noch versteuert werden müssen? Und die amerikanische Fed soll – anders als die Europäische Zentralbank – mit ihrer Zinspolitik nicht nur die Inflationsrate niedrig halten, sondern zugleich dafür sorgen, daß die Wirtschaft in Schwung bleibt. Unter ihrem einstigen Präsidenten Greenspan hat sie das mit niedrigen Leitzinsen als Schmiermittel jahrelang versucht und damit einen Grundstein für die heutige Finanzkrise gelegt, denn niedrige Zinsen verleiten auch zu Leichtsinigkeiten und Fehlinvestitionen.

### **Die Leitzinsen sind für die Sparer heute Leidzinsen**

Seit längerem sind die Leitzinsen überall so stark herabgesetzt, daß sie fast schon bei Null angelangt sind. Mit dieser Politik des künstlich verbilligten Geldes soll die Wirtschaft vor den Folgen der Finanzkrise gerettet werden. Das ist gut für Investoren und Schuldner, aber schlecht für die Sparer als Gläubiger. Dabei leiden die Sparer unter zu niedrigen Zinsen ohnehin schon seit Jahren. Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich das Leiden verschlimmert. Für sie sind die Leitzinsen zu Leidzinsen geworden.

### **Wo bleiben eigentlich die Sparer**

Aber ist das ein öffentliches Thema? Nein. Niemanden scheint das zu interessieren. Auch die Medien nicht, die sich doch sonst so gern als Verbraucherschützer aufschwingen. Merkwürdigerweise aber nicht als Sparer

wirtschaft, die Nachfrageeinbrüche auszubügeln. Die Sparer sind immer die Dummen. Sie werden ausgenommen wie eine Weihnachtsgans. Aber aufgelehnt dagegen haben sie sich bisher nicht. Dabei sind die Deutschen in den zurückliegenden 100 Jahren schon dreimal von einer Währungsreform heimgesucht worden: 1914, als mit dem Ausbruch des *Ersten Weltkrieges* der Goldstandard der Währung aufgegeben wurde (sonst hätte der Krieg nicht finanziert werden können), dann 1923, als mit der Hyperinflation und dem Neubeginn Vermögen verloren ging, und nach dem *Zweiten Weltkrieg* 1948, als die Geldguthaben auf weniger als 10 Prozent zusammenschmolzen.

## **Der Krise tieferer Kern: menschliche Torheit**

Alles in Teil II und III Dargestellte gehört zur Vorgeschichte dessen, was jetzt in der Euro-Währungsunion mit den „Euro-Rettungsschirmen“ geschieht, und verhilft zu demjenigen Kenntnisstand, der notwendig ist, um beurteilen zu können, was hier geschieht und warum es geschieht. Es ist also keineswegs nur der Rechtsbruch vom Mai 2010, der zum Zerfall des Euro führen wird. Entscheidend dafür ist das westliche, das wahrhaft „kapitalistische“ Geldsystem. Es ist die Politik des durch nichts mehr gedeckten Geldes mit ihrer dadurch möglichen und schließlich nicht mehr beherrschbaren Verschuldungssorgie. Aus einer Krise des Geldsystems herausführen kann nur der nachhaltige Wille zu einem schrittweisen Systemwechsel. Doch selbst wenn er gelänge: Es sind stets auch die Menschen, die mit ihrem Verhalten darüber bestimmen, ob das von ihnen geschaffene zunächst „gute“ System Bestand hat und dauerhaft erfolgreich ist. Das setzt eine weit genug verbreitete Klugheit voraus, die es dauerhaft noch nie gegeben hat. Wenn es in den politischen Führungsetagen an dieser Klugheit fehlt, heißt das Politikversagen. Menschliche Torheit ist bei der jetzt herrschenden Krise ihr tieferer Kern.

<sup>1</sup> Seit 1999 gibt es den Euro als Buchgeld und seit 2002 als Bargeld.

<sup>2</sup> BILD (Zeitung) vom 16. Dezember 2010.

<sup>3</sup> Die folgende Darstellung stützt sich auf einen Bericht der FAZ vom 1. September 2011.

<sup>4</sup> Ifo-Pressemitteilung vom 17. September 2011 ([http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoHome/e-pr/e1pz/\\_generic\\_press\\_item\\_detail?p\\_itemid=16618451](http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoHome/e-pr/e1pz/_generic_press_item_detail?p_itemid=16618451))

<sup>5</sup> FAZ vom 4. Mai 2011: Die riskante Kreditersatzpolitik der EZB

<sup>6</sup> Daneben ist eine Neufassung des Stabilitätspaktes in Angriff genommen worden. Sie soll unter anderem schneller und automatischer zu Sanktionen für EU-Länder mit zu hohen Haushaltsdefiziten führen. Der Pakt ist seit dem Vertrag von Amsterdam vom 17. Juni 1997 in Kraft, aber bei seinen sogenannten Konvergenzkriterien immer wieder gebrochen worden. Am 18. September 2011 haben die EU-Finanzminister in Breslau einen mit dem Europa-Parlament ausgehandelten Kompromißtext gebilligt.

<sup>7</sup> FAZ vom 17. September 2011

<sup>8</sup> Gerd Held, Welt-online 3. September 2011

- <sup>9</sup> Der Wortlaut des Vertragsentwurfs in deutscher Übersetzung findet sich im Internet u. a. hier: [http://www.peter-bleser.de/upload/PDF-Listen/E-Mail-Info\\_Eurostabilisierung/Entwurf\\_Vertrag\\_ESM.pdf](http://www.peter-bleser.de/upload/PDF-Listen/E-Mail-Info_Eurostabilisierung/Entwurf_Vertrag_ESM.pdf)
- <sup>10</sup> Die ganze Umfrage findet sich hier: <http://www.bju.de/www/doc/87ac1c683493632381219d10cf86cb2a.pdf>
- <sup>11</sup> Das Video findet man im Internet mit diesem Link: <http://www.freiewelt.net/video-27/stoppt-eu-schuldenunion-%28esm-vertrag%29%21-auf-abgeordneten-check.de.html>
- <sup>12</sup> Siehe dort unter [www.AbgeordnetenCheck.de](http://www.AbgeordnetenCheck.de)
- <sup>13</sup> Ein weiteres Kurz-Video mit kritischen Fragen zum ESM gibt es je vier Minuten lang im Internet hier <http://www.freiewelt.net/video-28/interview-mit-beatrix-von-storch-zum-esm-vertrag%3A-stoppt-eu-schuldenunion!.html> sowie ein längeres hier <http://www.alpenparlament.tv/playlist/473-schuldenunion-machtergreifung-der-eu-junta>  
Die „Zivile Koalition“ betreibt auch die Online-Zeitung „Die Freie Welt“ ([www.freiewelt.net](http://www.freiewelt.net)).
- <sup>14</sup> Näheres darüber kann man hier nachlesen: [http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/supermarkt/623734/SuperMarkt\\_Amerikas-perfider-Inflationsplan](http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/supermarkt/623734/SuperMarkt_Amerikas-perfider-Inflationsplan).
- <sup>15</sup> Siehe hier: <http://www.freiewelt.net/blog-1731/vom-regen-in-die-traufe.html>
- <sup>16</sup> ef-magazin, Ausgabe Juni 2009
- <sup>17</sup> Vortrag von de Soto am 28. Oktober 2010 in London. Als Auszug veröffentlicht im Magazin für kritische Anleger *Smart Investor*, Sonderausgabe *Gutes Geld*, September 2010, Seite 6 bis 9. Deutsche Übersetzung des ungekürzten Vortrags hier: [www.libinst.ch/?i=rezensionen-reformen](http://www.libinst.ch/?i=rezensionen-reformen)
- <sup>18</sup> Ebenda
- <sup>19</sup> Eberhard Hamer: *Der Welt-Geldbetrug*, 2005
- <sup>20</sup> Eberhard Hamer. *Was passiert, wenn der Crash kommt*, 8. Auflage, 2006
- <sup>21</sup> FAZ vom 2. Januar 2009
- <sup>22</sup> Der Österreicher von Mises (1881–1973) lehrte in Wien Wirtschaftswissenschaften. Er war Nachfolger von Carl Menger (1840–1921), ebenfalls Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Wien und Begründer der liberalen Schule der Nationalökonomien, auch Wiener oder Österreichische Schule genannt. Auf ihn geht die Geldlehre dieser Schule zurück. Ihre Anhänger, in der angelsächsischen Welt der Ökonomen „the Austrians“ genannt, wurden über Jahrzehnte von Politik und Mainstream-Ökonomenzunft in den Schatten der ökonomischen Lehren verbannt und mit ihrer Lehre („Austrian Economics“) mißachtet. Doch werden sie inzwischen wieder öffentlich zur Geltung und zu Ehren gebracht. Andere Vertreter dieser ökonomischen Denkrichtung und Lehre sind der Mises-Schüler Friedrich A. von Hayek (1899–1992), Henry Hazlitt (1894–1993), Hans Sennholz (1922–1993) und Murray Rothbard (1926–1995). Vordenker hatten sie in A. R. J. Turgot (1727–1781), J. B. Say (1767–1832) und Frederic Bastiat (1801–1850).
- <sup>23</sup> Vorgetragen auf dem 12. Konjunkturpolitischen Kolloquium am 23. April 2009, veranstaltet bei der Bundesbank in Frankfurt von der Herbert-Giersch-Stiftung und dem Institut der deutschen Wirtschaft. Wer Stefan Homburgs Überlegungen im einzelnen nachlesen will, findet sie in der wissenschaftlichen Zeitschrift „Wirtschaftsdienst“, Ausgabe vom April 2009, Seite 223 bis 228, mit der Überschrift „Finanzkrise: Nicht verstaatlichen, sondern entflechten.“

\*

## II. Warum haben wir das geschehen lassen?

von

Prof. Dr. Eberhard **Hamer**

[www.mittelstandsinstitut-niedersachsen.de](http://www.mittelstandsinstitut-niedersachsen.de)

Der Verfasser stammt noch aus einer Generation, die das angeblich tausendjährige Hitlerreich, den 2. Weltkrieg mit seiner Totalniederlage und den darauf folgenden wirtschaftlichen und staatlichen Zusammenbruch erlitten hat. Sein Vater hat im Widerstand gegen Hitler gestanden, ist mehrmals verhaftet worden, hat aber trotzdem sogar als Pastor nichts bewirken können. Wir alle haben aber für die Folgen des Nazi-Reiches zu büßen gehabt. Noch heute werden wir in Kollektiv- und Sippenhaft für die Geschehnisse von vor mehr als 65 Jahren genommen. Die bereits im Ruhestand lebende, im Wohlstand verzogene 68er Generation hat es sich mit der Schuldzuweisung leicht gemacht. Sie haben ihren Vätern vorgeworfen: „Warum habt Ihr das geschehen lassen?“

Diese Fragestellung zeigt, daß die Kinder die Geschichte ihrer Eltern und ihres Volkes nicht mehr kennen, daß sie aber unzulässig und vorschnell aus der von den Siegermächten behaupteten Kollektivschuld eine Einzelschuld ihrer Väter ableiteten. Hätten sie die Geschichte der ersten Weltwirtschaftskrise, der damaligen Verzweiflung der Mehrheit unseres Volkes mit Hunger und Perspektivlosigkeit sowie der Unfähigkeit der damaligen politischen Führung und hätten sie die Macht diktatorischer Parteienführung damals gekannt, wäre ihnen auch die Ohnmacht des einzelnen dagegen klar geworden.

Einig sind wir alle, daß sich eine Situation, die zu den Nazis geführt hat, nie wiederholen dürfe. Anzeichen deuten aber darauf hin, daß möglicherweise die heutige Generation ebenso schuldig geworden ist, wie sie dies von ihren Vätern behauptet hat, daß sie gleichartige Fehlentwicklungen wie Ende der zwanziger Jahre selbst wieder herbeigeführt hat und zu verantworten haben wird. Es könnte deshalb hilfreich sein, wenn man auf unsere heutige Situation aus einer Sicht des Jahres 2020 rückwärts schaut und das, was wir heute geschehen lassen haben, als Schuldfrage der nächsten Generation an uns formuliert: „Warum habt Ihr das wieder geschehen lassen?“

Der Verfasser hat für seine Warnungen und für manche inzwischen eingetretenen Prognosen viele Schmähungen hinnehmen müssen: mit dem Welt-Geldbetrug, dem Finanzcrash, der Inflation oder mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch erst der UdSSR und jetzt der USA und Europas.

Für welche Fehlentwicklungen wird uns im Jahre 2020 die nächste Generation schuldig sprechen? Womit haben wir als Jahrhundertwende-Generation die Zukunft unserer Kinder verjubelt oder zerstören lassen?

Wagen wir deshalb einmal einen Rückblick aus dem zukünftigen Jahr 2020 auf die Fehlentwicklungen der Gegenwart:

## **1. Aus Demokratie wurde Bankendiktatur**

Begeistert hat die Nachkriegsgeneration geglaubt, durch Demokratie im Sinne echter Volks-Mitbestimmung jede Diktatur verhindern und die Interessen der einzelnen Bürger statt führender Cliques politisch verwirklichen zu können. Die Demokratie schien das Zauberwort zur Verhinderung jeder Zentralisierung, Diktatur und Freiheitsberaubung zu sein. Schleichend hat sich aber schon von Anfang an durch die Besatzungsmächte eine Fremdbestimmung unserer Politiker behauptet, wurden nur unbedeutende Einzelregelungen nach demokratischen Spielregeln national entschieden, die wichtigen Entscheidungen dagegen erst von der Besatzungsmacht und dann zunehmend von der internationalen Finanzindustrie vorgegeben und von z. T. korrupten Politikern nur nachvollzogen. Das begann mit dem von den Siegermächten oktroyierten Grundgesetz, mit der Wiederaufrüstung bis hin zum Mißbrauch deutscher Truppen als Söldner fremder Wirtschaftsinteressen in fremden Ländern, mit der Montanunion über die europäische Wirtschaftsgemeinschaft bis zum Vertrag von Lissabon mit seiner Abschaffung der Nationalitäten in Europa und einer immer umfassenderen Machtergreifung eines nicht demokratisch legitimierten, sondern von der internationalen Finanzindustrie gelenkten zentralen Politbüros in Brüssel über die inzwischen untergeordneten, nicht mehr souveränen Völker Europas. Unsere Kinder werden uns mit Recht vorwerfen, daß wir wieder ein zentrales Herrschaftssystem haben errichten lassen, welches nicht mehr demokratisch von unten nach oben die Interessen der Bürger zu verwirklichen strebt, sondern umgekehrt die Interessen einer internationalen Finanzindustrie zentral auf die Bürger Europas abläßt, dabei den Bürgern wieder eine Herrschaft durch Kommissare zumutet, die nicht gewählt, sondern zentral ernannt und von fremden Interessen gesteuert werden.

Hätten wir diese verhängnisvolle Entdemokratisierung von nationaler Demokratie zu internationaler Kommissars- und Bankendiktatur verhindern können? Wer immer dagegen war, wurde von der durch die gleichen Mächte gesteuerten Presse bis hin zu einer von den gleichen Mächten nach § 130 StGB eingerichteten Gesinnungsinquisition zur Ordnung gerufen oder abgestraft.

Wenn also im Jahre 2020 die Berufssarmeen der EU nationale Armuts- oder Demokratierevolten niederschlagen oder den Widerstand nationaler



Bevölkerungen gegen die von den Konzernen verlangte Masseneinwanderung mit Gewalt brechen, wird uns die nächste Generation mit Recht den Vorwurf machen: „Warum habt Ihr unsere Demokratie nicht gegen die Zentralisierer und globalen Finanzimperialisten verteidigt? Warum habt Ihr euch mit kleinen Problemchen beschäftigt, die großen Machtverschiebungen aus nationaler Demokratie zu Gunsten der internationalen Banken und Finanzmächte aber geschehen lassen?“

Schon heute sage ich: Wir haben die EU-Diktatur ebenso wenig verhindern können wie unsere Väter die damalige Diktatur.

## **2. Ausplünderung und Verschuldung Deutschlands**

Im Jahre 2020 dürfte jeder deutsche Einwohner – einschließlich der Kinder – pro Kopf mit ca. 50.000 EUR nach heutigem Wert verschuldet sein, werden sich also die Schulden pro Kopf voraussichtlich verdoppelt haben. Dies senkt nicht nur den Lebensstandard der nächsten Generation, sondern führt auch im internationalen Wettbewerb zum Sinkgewicht deutschen Wohlstandes und deutscher Wettbewerbsfähigkeit, deutscher Arbeitsplätze und zur Herrschaft der internationalen Finanzindustrie über die deutsche Politik, die deutsche Gesellschaft, die deutschen Finanzen und das Einkommen jedes einzelnen von uns.

Mit Recht wird die nächste Generation also fragen, warum habt Ihr gut und üppig gelebt und dafür künftigen Wohlstand und unsere Leistung verpfändet, warum uns mit untragbaren Finanzleistungen für ganz Europa belastet?

Wir tragen Schuld an der großen nationalen Verschuldung infolge nationaler und internationaler Umverteilungsorgien.

Mangels Wettbewerb und fehlender politischer Ideen haben die Parteien in unserem Lande jahrzehntelang und steigend Bestechung betrieben, indem sie immer größere Gruppen von angeblich Bedürftigen mit immer größeren Wohltaten und Sozialgeschenken bedachten, um sich deren Stimmen bei der Wahl zu sichern. So werden schon heute 3/4 aller Haushalte der Bundesrepublik mit irgendwelchen öffentlichen Begünstigungen bestochen, werden 2/3 aller Bürger mit Transferleistungen aus den Steuern und Sozialabgaben des ersten Drittels unterhalten und kümmern sich die Parteien natürlich vor allem um die politische Mehrheit der Transfereinkommensbezieher, die höhere Sozialleistungen nur aus höheren Steuern und Sozialabgaben erwarten können, statt aus Steuersenkungen. Das Rad der Umverteilung hat sich also ständig größer und schneller gedreht, ist auch durch die begrenzten Staatseinnahmen nicht zu bremsen gewesen, weil die Schleuse der öffentlichen Schulden Gaben heute auf Kosten der Zukunft ermöglihte.

Wachsende öffentliche Sozialwohltaten wurden also mit wachsender Verschuldung zusatzfinanziert und außerdem die nächste Generation mit immer höheren Sozialversprechen belastet, von denen jeder wissen mußte, daß sie Sozialbetrug ohne Lösungsmöglichkeit (z. B. Renten, Gesundheitskosten) sind. Die Generation 2020 steht also vor Sozialansprüchen Dritter, die höher sind als ihre eigenen Einkommen und vor einer Mehrheit von Sozialanspruchsberechtigten, welche die weniger gewordenen Leistungsträger mit politischen Mehrheiten ausbeuten können.

- Über dieser nationalen Umverteilungssorgie wölbt sich eine noch größere europäische: Schon Kohl hat sich bei den meisten EU-Beschlüssen als Weihnachtsmann gefallen und jeweils die Kosten übernommen. Die europäischen Länder haben sich daran gewöhnt, die EU als einen Gabentopf zu mißbrauchen, der zumeist von Deutschland zu füllen war und jährlich ca. 6 Prozent unseres BIP kostete. Als trotzdem einige EU-Länder durch Korruption und Üppigkeit mit den EU-Zuschüssen nicht mehr auskamen und sich überschuldeten, wurde ein Staatsbankrott dieser Länder und der Verlust dieser Kredite bei den internationalen Banken dadurch vermieden, daß die deutsche Regierung gegen ihren Willen und gegen jedes Staatsrecht zur Haftungsübernahme gezwungen wurde. Der deutsche Bürger wurde also mit einer Gesamthaftung für alle europäischen Schuldenstaaten, letztlich aber zu Gunsten der internationalen Banken mit der unvorstellbaren Haftungssumme von mehr als 700 Mrd. EUR belastet, also die deutschen Staatsschulden durch die Transferunion vervielfacht, so daß jede Sozialwohltat in irgendeinem Euro-Land letztlich als Schulden beim deutschen Bürger ankommen.

Ein solcher finanzpolitischer Selbstmord war nicht freiwillig und wäre demokratisch nicht möglich gewesen, geschah auf Weisung der internationalen Finanzindustrie und Besatzungsmacht, wurde den Bürgern durch Desinformation verschleiert, indem die offizielle Presse wochenlang und seitenlang über das japanische Atomunglück statt über den viel größeren deutschen Finanzgau berichtete und/oder die Tatbestände verdrehte und verschleierte. Fragt uns die nächste Generation also wieder „Warum habt Ihr das geschehen lassen?“, so können wir nur darauf hinweisen, daß höhere internationale Gewalt unsere dieser Gewalt gehorsamen Politiker gezwungen hat, wir aber national dagegen kaum etwas unternehmen, jedenfalls dies nicht verhindern konnten.

### **3. Zusammengebrochene Sozialsysteme**

Unsere heutige Generation einschließlich 16 Mio. Zuwanderer genießt das üppigste Sozialsystem mit der höchsten Sozialsicherheit, die irgendeine Generation in Deutschland je gehabt hat. Allerdings ist das Sozialsystem durch falsche Konstruktion inzwischen zum mehrfachen Sozialbetrug geworden.

Früher waren die eigenen Kinder die soziale Absicherung für die Eltern. Nach dem Weltkrieg jedoch standen Millionen von Flüchtlingen, Witwen, Verwundeten, Arbeitslosen mittellos dar. Deshalb wurde das Sozialsystem statt einer Zukunftsvorsorge notgedrungen auf ein gegenwärtiges Umverteilungssystem umgestellt. Die Sozialabgaben der aktiv Beschäftigten wurden in der Höhe abgefordert, wie sie für die Renten und Sozialversorgung der Rentner und Nichtbeschäftigten benötigt wurden – ohne Zukunftskomponente. Damit sollte das Renten- und Versorgungssystem auf zwei Säulen ruhen: Auf der Säule der nachwachsenden Generation (Kinder pro Eltern) und auf der Säule der Beiträge. Unsere Sozialpolitiker haben allerdings die Renten und Sozialbeiträge ständig vor Wahlen erhöht (Wahlgeschenke), so daß sich auch die Beiträge der aktiven Generation ständig erhöhten. Sie haben dabei vorgelogen, daß letztere durch höhere Beiträge auch selbst eine höhere Rente beziehen könnten, daß also die Renten im wesentlichen beitragsbegründet seien. Nicht berücksichtigt wurde jedoch die eigene Regenerationsrate. Das hat dazu geführt, daß die Menschen, um selbst höhere Altersrenten zu bekommen, keine Kinder haben wollten, sondern für ihre höheren Rentenansprüche nur ihre Beiträge als ausreichend ansahen. Dies hatte Folgen für die Bevölkerungsstruktur: Die Zahl der Kinder sank bei ständig steigendem Bevölkerungsanteil von Rentnern und Sozialempfängern. Die wenigen Kinder müssen als Erwerbstätige 2020 also fremden Rentnern Doppelrenten zahlen, während

ihre Eltern nur die Hälfte dieser Rente bekommen (Einverdienerhaushalt). Die Nichtberücksichtigung des Bevölkerungsfaktors hat demnach das ganze System zum Betrug werden lassen, hat die kindererziehenden Eltern zu Gunsten Kinderloser um eine gerechte Rente betrogen. Während heute eineinhalb Erwerbstätige einen Rentner zu finanzieren haben, hat 2020 jeder Erwerbstätige einen Rentner zu finanzieren und 20 Jahre später sogar zwei Rentner. Dies geht nur durch drastische Senkung der Renten oder drastische Erhöhung der Rentenbeiträge. Beides ist aber Betrug an der nächsten Generation, die von ihrem sauren Verdienst jedenfalls immer mehr abgeben, als Rentner aber immer weniger bekommen wird. Die jüngere Generation fühlt sich deshalb mit Recht durch die Rentenformel betrogen und weist darauf hin, daß die Masse der 2020-Rentner den eigenen Verdienst damals verfrühstückt, nicht für die eigene Rentnerzukunft vorgesorgt, sondern dies dem betrügerischen Staat überlassen hat. Sie ist im Jahr 2020 um ihre Alterssicherung betrogen und wird Rentenarmut als Normalfall kennenlernen.

Selbst wer außerhalb des öffentlichen Renten-Betrugssystems privat vorsorgen und in den vielfältigen Kapitalsammelstellen eine private Altersversorgung aufbauen wollte, ist im Jahr 2020 betrogen, denn Inflation und Währungsreform haben dieses privatwirtschaftliche Geldvermögen inzwischen vernichtet bzw. so reduziert, daß daraus keine Altersversorgung mehr gewährleistet ist. Die Vernichtung der Währung hat also auch

diese privaten Versorgungsversuche vernichtet und zum Betrug an den Einzahlern werden lassen. Wiederum fragt uns also die Generation 2020: „Warum habt Ihr Rentenbetrug und Sozialanspruchsexplosion an uns begangen? Warum habt Ihr denjenigen, die nur Beiträge, aber keine Kinder zur Rente geliefert haben, nicht auch nur die halbe Rente zugesagt? Warum müssen wir in 2020 mehr Sozialleistungen tragen, als wir für unsere Einkommen selbst verfügbar behalten?“ Auch dies hat unsere Generation nicht verhindern können. Unsere Sozialpolitiker haben im Glücksgefühl der Sozialwohltaten und ihrer dadurch möglichen Wiederwahlen alle Warnungen in den Wind geschlagen, sich politisch auch nicht getraut, Sozialleistungen zu vermindern, weil dies ihren politischen Abgang zur Folge gehabt hätte. Sie haben die Renten- und Sozialprobleme nur verlängern und vergrößern lassen und damit den Betrug in die nächste Generation fortgesetzt bzw. wohl auf einen Zusammenbruch der Sozialsysteme durch Staatsbankrott gesetzt.

### **Verarmung durch Globalisierung und Masseneinwanderung**

Unsere Generation heute kannte seit Jahrzehnten einen Arbeitsmarkt, in dem jeder, der sich ausbildete und strebsam war, auch einen entsprechenden Arbeitsplatz fand, Arbeitslosigkeit war die Ausnahme und trat vor allem in den unqualifizierten Problemgruppen, vor allem der Einwanderer auf. Die Generation 2020 erlebt dagegen infolge der zweiten großen Weltwirtschaftskrise einen völlig anderen Arbeitsmarkt: Die von der Großwirtschaft erzwungene Globalisierung kennt keine nationalen Arbeitsmärkte mehr, sondern disponiert international je nach Preis der Arbeit, drückt also aus Billiglohnländern die Löhne in den Hochlohnländern. Das geschieht durch Immigration und Emigration ebenso wie durch internationale Verlagerung von Produktion und Dienstleistungen in die jeweils billigsten Lohnländer. So hat 2020 der deutsche Spezialist mit dem indischen oder chinesischen oder afrikanischen zu konkurrieren. Dabei werden vor allem die qualifizierten Standardproduktionen nicht mehr in Deutschland, sondern im Ausland gefertigt, so daß die Masse der unqualifizierten Arbeitskräfte um so weniger Arbeit mehr bei uns findet. Dazu kommt gegenläufig ein Immigrationsdruck unqualifizierter Zuwanderer aus den armen Ländern der Erde in diejenigen Länder, in denen der Wohlstandspegel noch höher ist und in denen die offenen und üppigen Sozialsysteme das Überleben ohne Arbeit zu garantieren schienen. Die von der Großwirtschaft erzwungene Öffnung der Grenzen Deutschlands und Europas für alle Zuwanderer der Welt führt deshalb 2020 zum verzweiferten Kampf um Arbeit in Aufnahmeländern, zur drastischen Lohnsenkung aus Arbeit wegen des Konkurrenzdrucks und zu steigender Massenarbeitslosigkeit nicht nur der Zuwanderer, sondern auch einheimischer ehemals Beschäftigter, vor allem der Jugend. Die Folge ist eine Verarmung größerer Bevölkerungskreise, die keine Arbeit mehr finden, oder deren Arbeit nur noch global grenzwertig bezahlt wird. Und

dies betrifft nicht nur geringqualifizierte, sondern auch hochqualifizierte Beschäftigungsverhältnisse, führt also zu einer generellen Absenkung des abhängigen Einkommens und zur Verarmung nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch eines großen Teils des qualifizierten Mittelstandes.

Diese Entwicklung ist für die Generation 2020 vor allem auch deshalb existenzgefährdend, weil inzwischen die zweite große Weltwirtschaftskrise mit bankrotten Banken und Firmenzusammenbrüchen, Massenentlassungen, Inflation, Währungsreform zum Verzehr der Ersparnisse geführt hat. Die Generation 2020 wird deshalb nicht nur bei den Gewerkschaften, sondern auch bei den Parteien und nationalen Politikern hinterfragen, warum sie mehr den Interessen der internationalen Konzerne als denen der eigenen Bürger und Wähler gedient haben. Von den heute tätigen Politikern wird allerdings dann wohl keiner mehr im Amt sein. Die Täter sind weg, die Folgen aber bleiben.

Warum haben wir die Massenimmigration in unseren Arbeitsmarkt und in unsere Sozialsysteme geschehen lassen? Warum haben wir nicht eigene, nationale Arbeitsmarktinteressen gegenüber den Interessen der globalen Finanzindustrie und der Konzerne vertreten? Haben wir diese Probleme – trotz Sarrazin – nicht erkannt, nicht erkennen wollen oder waren wir zu feige, sie gegenüber der international vorgegebenen herrschenden Meinung zu bekämpfen? Wir haben jedenfalls die Zukunft unserer Kinder damit teilzerstört, uns mit falschen Parolen und behaupteten Vorteilen der Globalisierung täuschen lassen und damit der Generation 2020 Arbeitsmarkt-, Sozialleistungs- und Wirtschaftsprobleme hinterlassen, die bis 2020 möglicherweise schon zur sozialen Explosion (Revolution) führen werden und für die wir heutige, nicht die spätere Generation, die Verantwortung tragen. Ändern haben wir es aber wiederum nicht können. Wer heute etwa gegen Globalisierung und Immigration ist, wird medial und politisch geächtet.

## **Vernichtete Lebensgrundlagen**

Die Generation 2020 findet zudem eine zum Teil vernichtete Umwelt und teilweise zerstörte Lebensvoraussetzungen vor, welche unsere Generation durch Gedankenlosigkeit, Verschwendung, Verantwortungslosigkeit, Maßlosigkeit oder sogar Rücksichtslosigkeit verursacht hat. Sie wird uns vorwerfen, daß wir als üppigste Generation der Geschichte der nächsten Generation die größte Umweltzerstörung, Wüsten und Verknappungen lebenswichtiger Rohstoffe hinterlassen haben:

- Die Gegenden um Tschernobyl und Fukushima werden wohl wie noch weitere durch Atomkriege verstrahlte Gegenden für Generationen nicht mehr bewohnbar sein.

- Die wachsende Bevölkerung Afrikas überweidet und zerstört jährlich Tausende von Quadratkilometern von Savanne zur Wüste, läßt dort nämlich

durch Übergrasung ihrer Rinder und Ziegen auf Dauer weder Gras- noch Baumwuchs mehr entstehen.

- In vielen Ländern entziehen Landwirtschaft und Millionenstädte das Grund- und Oberflächenwasser der Natur. Wasserknappheit wird deshalb schon 2020 in vielen Ländern ein Überlebensproblem geworden sein.

- Vor allem aber verschwendet unsere heutige Generation Energie in unvorstellbarem Maße. Nicht nur werden die Ölvorräte der Welt hemmungslos ausgebeutet und verpraßt, auch Gas und Holz werden übermäßig abgebaut und verbraucht, als ob man auf den Energiebedarf der nächsten Generationen keine Rücksicht mehr zu nehmen brauchte.

- Durch fehlende globale Ordnungspolitik haben die internationalen Finanzmächte die Lagerstätten der wichtigen Rohstoffe der Welt zusammengekauft, Rohstoffmonopole gebildet und sich damit die Möglichkeit geschaffen, der nächsten Generation die Versorgungsmengen zuzuteilen und deren Preise monopolistisch zu manipulieren. Mit Hilfe einer patentfähig erklärten Gentechnik konnten sie sogar Monopole über wichtige Saatgutarten in der Welt errichten und können dieses 2020 nach politischer Willkür zu Monopolpreisen der nächsten Generation zuteilen. Die internationale Finanzindustrie kann auf diese Weise die Lebensbedingungen in jedem Land der Welt nach ihren finanzimperialistischen Wünschen bestimmen.

- Landnahes Leben brachte früher der Landbevölkerung Überlebensmöglichkeiten auch in Not- und Krisenzeiten. Inzwischen hat eine rasante Verstädterung stattgefunden, die nicht nur zentralisierte Umweltbelastungen mit sich bringt, sondern auch den Städten in Not-, Krisen- oder Kriegszeiten, sogar schon bei nachhaltiger Störung der Versorgungswege nur noch verminderte Überlebensmöglichkeiten läßt.

- Die internationale Finanzindustrie und ihre Konzerne haben zu unserer Zeit ohne Widerstände Urwälder abgeholzt, um daraus Konzernplantagen für ihre

Monoproduktion zu machen und damit nicht nur das Weltklima verändert, sondern auch die Klimabedingungen und die Ernährungsbasis der nächsten Generation verhängnisvoll reduziert.

- Die globale Mobilität der modernen Massenverkehrsmittel hat mit der Völkerwanderung auch eine globale Ausbreitung von Krankheiten und Seuchen mit sich gebracht, was wiederum der global herrschenden Plutokratie als Vorwand für die globale Gesundheits- und Personenkontrolle aller Menschen diente.

- Und auch nach Ende der nationalen Kriege ist Krieg nicht geächtet, sondern bleibt für die internationalen Mächte zur Eroberung ihrer Roh-

stofflager sowie zur Kontrolle ihrer globalen Monopolstellungen und ihrer Weltmacht nach wie vor üblich.

Alle diese Existenzgefahren, Umweltprobleme und Freiheitsverluste durch globale Herrschaft wird die 2020-Generation unserer heutigen Generation mit Recht vorwerfen: „Warum habt Ihr dies nicht verhindert?“ Wir haben es aber nicht verhindern können. Wir konnten die globale Diktatur der internationalen Banken- und Finanzclique ebenso wenig verhindern wie unsere Eltern vor 80 Jahren die nationale Diktatur, weil die jeweils herrschende Clique damals wie heute auch die Medien fest in der Hand hatte und ihre Macht durch ergebene politische Handlanger steuerte.

Die Schulddebatte seit dem 2. Weltkrieg sollte uns deshalb lehren: Wir sind wiederum als Generation schuldig geworden, auch wenn wir einzelnen nicht schuldig sind. Wir werden wiederum 2020 sehen, daß offenbar jede Generation aus Gier oder Gedankenlosigkeit oder Verblendung eine „Lust am Untergang“ übt, welche die nächste Generation zu büßen haben wird, aber nicht erklären und vielleicht auch nicht verzeihen kann.

\*

### **III. Auf den verlassenen Altären hocken die Dämonen zur Auflösung der Werte**

von

Felix Scheke, Hannover

Wir ärgern uns über die Verhunzung unserer Sprache durch Amerikanisierung (Denglisch). Kultur ist ebenso wichtig. Sie prägt das Lebensgefühl. Deutsche Kultur? Gibt es die noch? Auch diese ist auf dem Wege der Amerikanisierung. Es haben aber nicht immer die anderen schuld! Verlierer, wie wir, haben meist selber schuld. Die Verlierer in einem Kriege müssen nicht immer die Sprache und Kultur ihrer Sieger annehmen, wie viele Beispiele aus der Geschichte zeigen. Aber wir Deutschen schon! Wir sind offenbar davon überzeugt, daß Deutsch nichts mehr taugt, daß Amerikanisch besser ist.

Deutsche Politiker sorgen sich um die bedrohte Identität, Religion und Kultur – aber nicht in Deutschland, sondern in Tibet oder bei den Chiapas-Indianern. Die Überfremdung durch unregelmäßige Zuwanderung sehen unsere Führungspersonen mit der unter Politikern üblichen „großen Sorge“ – freilich nicht in Deutschland oder Europa, sondern etwa die der Uiguren, wenn jemand weiß, wo die wohnen. Um deutsche Kultur und Identität kümmert sich keine Kanzlerin, kein Politiker, nicht einmal die



Medien, welche zumindest ihr Hauptwerkzeug, die deutsche Sprache, bereit sein sollten zu schätzen und zu schützen.

Deutsche Politiker, vom deutschen Volk nicht schlecht alimentierte Bundestagsabgeordnete *Der Grünen*, können ausrufen: *Deutschland verrecke!* oder *Nie wieder Deutschland!* usw. Das können sie völlig ungestraft tun. Sie werden, vielleicht wegen solcher Aussprüche wiedergewählt.

### **Was ist eigentlich Identität?**

Aus der Geometrie wissen wir: Dreiecke sind ähnlich, wenn 2 Winkel übereinstimmen. Unsere Identitätswinkel heißen Sprache und Kultur. Eigentlich gehört als 3. Winkel dazu das Abstammungsprinzip, welches nach dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1912 über die Zugehörigkeit zu Deutschland entschied. Einer der häufigsten Gäste in Gesprächsrunden des Fernsehens, der aus Selbstgerechtigkeit und Beserwisserei zusammengesetzte Heiner Geißler, sagte zu diesem Prinzip: *Dieses kaiserliche Blutrecht, für das wir uns vor der ganzen Welt schämen müssen!* Gottlob, wir brauchen uns nicht mehr darüber zu schämen, nicht darüber – es wurde 1990 abgeschafft. Der schrankenlosen Zuwanderung sind jetzt Tür und Tor geöffnet!

Nationale Identität ist das natürliche Zusammengehörigkeitsgefühl von Menschen gleichen Schicksals und gleicher Kultur. In der so gegründeten Gemeinschaft ist der Mensch zu Hause, er ist stolz auf seine Gemeinschaft, seine Familie und seine Nation. Wenn man die Identität zerstören will, tut man es am besten, indem man möglichst viel Fremdes hereinläßt und das Eigene herabwürdigt.

Das Gastrecht, Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft gegenüber Fremden, ist eine der ältesten Kulturleistungen des Menschen. Du sollst den Fremden nicht von deiner Tür weisen, wird aus der Bibel zitiert. Aber in der Bibel steht nicht, daß man den Fremden und auch noch seine Kinder und Kindeskinde mit Sozialhilfe durchfüttern muß. In vielen deutschen Großstädten gibt es türkische Familien, die bereits in der 3. oder 4. Generation ausschließlich von Sozialhilfe leben. Dort wachsen Kinder auf, die ihre Eltern niemals haben arbeiten sehen. Das steht nicht in der Bibel.

Es ist auch folgendes zu erinnern: Die ersten englischen Einwanderer (Pilgerväter) kamen im heutigen Massachusetts als verzweifelte Flüchtlinge an Land und hätten ohne die Hilfe der Indianer kaum die nächste Woche, gewiß nicht den Winter überlebt. Sie überlebten. Nun zogen sie immer mehr Zuwanderer nach sich. Eines Tages waren diese Fremden in der Mehrheit. Nun begannen die ersten Streitereien mit den Ureinwohnern, und nach 3 Generationen waren die Ostküsten-Indianer so gut wie ausgerottet. In unseren Tagen erleben wir, wie sich die Gastfreundschaft,



welche wir Deutschen den ausländischen Arbeitnehmern gewährt haben, langsam in Feindseligkeit umdreht. In Schulklassen müssen sich Schüler, welche nach dem *beschämenden kaiserlichen Blutrecht Deutsche* sind, von Mitschülern, die also nach demselben Blutrecht Ausländer sind, beschimpfen und schlagen lassen. Wenn ein Deutscher einen Türken haut, kommt das ins Fernsehen. Wenn ein Türke einen Deutschen haut – ja und? Wir Deutschen sind halt zu ausländerfeindlich.

## Deutsche Verluste

Andere Staaten ehren ihre Kriegstoten, zum Teil in gewaltigen Tönen und Aufmärschen, und deutsche Politiker sind unverdrossen, denen zu applaudieren, die ihre mit Bomben und Vertreibung über unser Volk erfochtenen Siege feiern. Wer aber käme doch auf die Idee, der deutschen Soldaten und ihrer ruhmvollen Taten zu gedenken? Im serbisch-orthodoxen Gottesdienst aus Osnabrück am 8. Mai 2011 betete der Pope für die „für Volk und Vaterland gefallenen Serben“. Das ist ein Beispiel dafür, was in jedem Staat Europas und der Erde normal wäre – nur nicht in Deutschland.

Haben wir in Deutschland heute noch einen einigenden Gedanken, ein gemeinsames Ziel, für das es sich lohnt zu kämpfen, notfalls sogar zu sterben? Unter Adenauer hätten wir das noch gekonnt! Etwa um die Freiheit gegen die rote Dampfwalze aus dem Osten zu verteidigen. Aber die langhaarigen und versifften 68er Studenten, welche heute, fast alle wohlversorgt von Pensionen, die das deutsche Volk ihnen zahlt, leben, haben alles in den Schmutz gezogen. Traditionen, bürgerliche Kultur von der Kindererziehung bis zur Friedhofskultur, unsere Mythen und Träume, unsere 12 Jahrhunderte alte Vergangenheit, den Stolz, Deutscher zu sein. Die deutschen Amtskirchen, insbesondere die evangelischen, haben applaudiert und sich zu profillosen Zeitgeistsurfen verbiegen lassen.

## Auflösungen

Die schlimmsten und nachhaltigsten Schäden der 68er Revolution können unter dem Begriff *Auflösung* zusammengefaßt werden. Auflösung der Nation – Auflösung der Religion – Auflösung der Familie. Das hochgestimmte Gefühl von uns Deutschen 1813 und 1914 *Gold gab ich für Eisen* – ist einem egoistischen Kampf für kleinteilige Rechte gewichen. Sicherheit und Souveränität sind uns wichtig – aber nicht deutsche, sondern die des Staates Israel, wo übrigens auch nach dem beschämenden kaiserlichen Blutgesetz zwischen Israelis und anderen Menschen unterschieden wird. Die deutsche Bundeskanzlerin hielt es für richtig, die Sicherheit Israels als ein deutsches Staatsziel zu beschreiben, damit meinte sie offenbar auch die Unverletzlichkeit der Mauer, welche Israel aufgezogen hat, um sich von den Palästinensern abzugrenzen.

Wenn man wenigstens dafür Anerkennung, Unterstützung und Freundschaft eintauschen könnte, statt ewiger Sühne, ewiger Zahlungen und verordneter Schamkultur. Inzwischen entwickelt sich in unserer Gesellschaft eine Perversion der Schuldkultur, nämlich eine Art von *Schuldstolz*. Wer sich am lautesten für irgend etwas entschuldigen kann, findet Beachtung, und für eine Karriere im öffentlichen Dienst ist eine offen zur Schau getragene antifaschistische Grundhaltung eine wichtige Voraussetzung. Unsere Kanzlerin bedankte sich daher ausgerechnet bei der Sowjetarmee für die Befreiung vom Hitler-Regime. Mehr geht nicht. Helmut Diwald nannte diese deutsche Haltung: *Den aufrechten Gang in gebückter Haltung!* Frau Merkel hat damit dem von unserem Bundespräsidenten Weizsäcker beschrittenen Weg der Selbstdemütigung die Krone aufgesetzt. Unserer Bundeskanzlerin war bei diesen Dankesworten offenbar nicht gegenwärtig daß der (übrigens deutschstämmige) US-General Eisenhower in seiner Weisung erklärte: Deutschland werde nicht besetzt *zum Zwecke der Befreiung, sondern als besiegte Feindnation*. Danach haben auch alle Sieger nach Kräften gehandelt!

Echte Scham ist dagegen fast ganz verschwunden. Die intimsten und privatesten Einzelheiten des Geschlechtslebens werden in Zeitungen, auch in Gesprächsrunden des öffentlichen Fernsehens ausgebreitet. Verfasserinnen pornographischer Romane kommen zu Wort und finden Applaus, weil sie mit ihren Schweinereien Millionen verdient haben. Was ist aus der christlichen Religion geworden? Im Namen des Christentums wurden viele große Verbrechen begangen, und sie geschehen noch. Aber waren diese Täter im Namen des Christentums denn Christen? Diese Anklagen gegen das Christentum zeigen nur, daß die Ankläger die fundamentale Botschaft des Christentums nicht verstanden haben: Gott ist Gott, und Menschen sind halt Menschen; Gott ist gut – und Menschen eben nicht. Die Kirchen selbst scheinen eine besondere Freude daran zu haben, sich im Sinne der obengenannten Scham- und Schuldkultur durch immer lautere Entschuldigungen in Szene zu setzen. Alles in unserer materiellen und geistigen Kultur hat seine Wurzeln im Christentum. Das wahre Christentum wiederzuentdecken, ist wohl die größte Aufgabe unserer Zeit. Ernst Jünger sagte: *Auf den verlassenem Altären hocken die Dämonen*.

Die Auflösung der Familie hat apokalyptische Ausmaße angenommen. Allerdings nicht nur in Deutschland, aber mit einem gewissen Verzögerungsfaktor auch bei uns. Im neuheidnischen Norddeutschland kommt bereits fast jedes zweite Kind außerhalb der Ehe zur Welt. Der jetzige Bundespräsident hat seine derzeitige Ehe mit einem Ehebruch eingeleitet, der amtierende bayerische Ministerpräsident desgleichen – und beide gehören der *christlich* Demokratischen Union an. Von unseren Bundestagsabgeordneten lebt kaum die Hälfte in einer „normalen Ehe“, denn kaum jemand weiß noch, was eine normale Ehe ist.

Das ständige Gerede von Gender mainstreaming und der Vereinbarkeit von Frau und Beruf, der damit praktisch verbundene Ruf nach Auflösung der Ehe und einer Diskriminierung der Mutter und Hausfrau verdeckt den entscheidenden Umstand, der für den Bestand eines Volkes (heute sagt man wohl besser statt dessen: sozialversicherungspflichtige Gemeinschaft) von größter Bedeutung ist, nämlich daß es für eine Frau ein großes körperliches und seelisches Wagnis ist, sich einem Mann soweit anzuvertrauen, daß ein Kind die Folge ist. Während der Schwangerschaft und lange danach ist eine Frau schutzbedürftig. Nicht weil sie dümmer ist als der Mann, nicht weil sie nicht auch dieselbe Arbeit leisten könnte wie er. Als Mutter braucht sie wie das Kind den geschützten Raum, ohne welche beide nicht gedeihen können. Ein Mann, der wie ein Kuckuck nach der Schwängerung seine Frau verläßt, ist kein Vorbild, sondern gehört gerichtlich bestraft. Wenn die Ehe zur Beliebigkeit wird, wenn Männer und Frauen nicht mehr in gesellschaftlicher Übereinstimmung verpflichtet werden, ihr persönliches Lustbedürfnis hinter den Interessen von Ehe und Familie zurückstehen zu lassen, dann ist der Staat zum Untergang verurteilt. Die wenigen nachwachsenden Kinder, meist Einzelkinder, sind dann danach – wie ein Blick auf die ungezogenen Rotzlümmel, welche auch jenseits der Kinderstube in der Öffentlichkeit auftreten, zeigen. Die politisch offenbar gewollte stille Förderung des sittlich-moralischen Chaos, des Schwulen-Kultes, ist nicht einmal neu. Der chinesische Militärschriftsteller Sun Tzu schrieb vor 2500 Jahren: *Zersetzt alles, was im Lande der Feinde gut ist, zerrt alle Tradition in den Kot, verderbt die Jugend!*

### **Die Aussichten sind schlecht für Deutschland.**

Vielleicht ist aber noch nicht alles verloren. Bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 hörte und sah man junge Leute erkennbar ausländischer Abstammung rufen: *Wir haben gewonnen! Deutschland hat gewonnen!* In Berlin verteidigten später Araber die deutsche Fahne gegen die Antifaschisten. Deutschland und seine hier lebenden Menschen haben vielleicht doch noch Zukunft! Aber wir müssen sie auch wollen.

## **Finanzkrise**

Geld ist der Schatten, den die Wirtschaft wirft,  
die schöpferisch zerstört und neu errichtet,  
im Rechtsverkehr berechtigt und verpflichtet.  
Geld mißt die Werte, die sie schafft und schürft.

Der Geld- und Kapitalmarkt aber schlürft,  
durch Eigenhandel kettenweis geschichtet,  
zu Derivaten handelbar verdichtet,  
das Geld, des die Realwirtschaft bedürft.

Wie Ixion der Hera Leib umfaßte,  
und nahm ihr Nebelbild für Wirklichkeit,  
so wirbelt eine lustbetörte Kaste

betrogen und betrügend durch die Zeit,  
wie Ixion aufs Feuerrad gebunden  
um Werte kreisend, die sie nie gefunden.

M. Aden